

seduta n. 133 del 12 novembre 1997

Presidenza del Presidente Tretter

Vorsitzender: Präsident Tretter

(Ore 10.20)

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto.

Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*

(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Valduga per il pomeriggio, Tosadori, Andreotti, Muraro, Montefiori, Chiodi e Panizza.

Prego dare lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*

(segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Grazie, collega Denicolò. Ci sono delle osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna.

Il processo verbale si ritiene approvato.

Siamo in trattazione del punto n. 4 dell'ordine del giorno:

in discussione congiunta:

Disegno di legge n. 11: Norme per l'esercizio della democrazia diretta (presentato dal consigliere regionale Pinter);

Disegno di legge n. 57: Norme sulla partecipazione diretta dei cittadini all'attività legislativa della Regione Trentino-Alto Adige (di iniziativa popolare);

Disegno di legge n. 58: Modifica alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, per l'introduzione del diritto alla modifica dello Statuto comunale mediante referendum popolare (di iniziativa popolare);

ex Mozione n. 150, presentata dai Consiglieri regionali Leitner, Benedikter e Klotz, concernente la necessità di fissare, per tutti i Comuni della Regione, la percentuale del 10 per cento degli elettori iscritti per il numero di firme necessarie per poter espletare un referendum, trasformata in ordine del giorno al disegno di legge n. 58.

Ieri era iscritto a parlare il cons. Benedikter. Ne ha facoltà

BENEDIKTER: Ich habe gestern darauf verwiesen, daß gemäß der bestehenden italienischen Verfassung für die Ausübung des Referendums 500.000 Unterschriften genügen, während man sie im Vorschlag der sogenannten Zweikammerkommission auf

800.000 hinaufgesetzt hat. Wenn man davon ausgeht, daß gemäß Statistik Italien 75 Millionen Einwohner hat und davon 47 Millionen Wähler sind - rund 80% nicht 70% wie ich gestern gesagt habe - dann sind 500.000 Wähler rund 1%. Die 800.000 Unterschriften, die jetzt gemäß Vorschlag der Zweikammerkommission verlangt werden sollen, wären dann 1,7%.

Ich habe gestern auch behauptet, daß die Volksbefragung als solche ein Bestandteil der Bundesstaatlichkeit seit eh und je ist. Ich bringe heute - ich habe es mir von gestern auf heute beschafft - die Verfassung des Kantons Graubünden vom 02. Oktober 1992. Dort steht im Artikel 2, daß die gesetzgebende Gewalt vom Volke ausgeübt wird. Der Volksabstimmung unterliegen Verfassungsänderungen, Staatsverträge, organische, bürgerliche und Strafgesetze mit Einschluß derjenigen über das gerichtliche Verfahren in Zivilsachen sowie in Kriminal- und Strafpolizeisachen, Verwaltungsgesetze insbesondere im Steuerbereich, Straßen, Forst, Jagd und Fischerei, Gesundheits- und Armenwesen sowie auf anderen Gebieten der Verwaltung und Volkswirtschaft, und immer der Volksabstimmung unterliegen diejenigen Bestimmungen kantonaler Ausführungsverordnungen zu Bundesgesetzen, welche nicht notwendige Folge der letzteren sind und ihrer Natur nach im Sinne der Ziffer 3 unter das Gebiet der Volksgesetzgebung fallen. Dann Beschlüsse, die der Volksabstimmung unterliegen, sind die Beschlüsse des Großen Rates, das ist das Hauptorgan, durch welches neue Kantonsbehörden aufgestellt werden und weiters noch Großratsbeschlüsse, welche eine neue Ausgabe von 100.000 Franken oder mehr zur Folge haben. Im Artikel 2bis steht dann, der Zustimmung durch das Volk bedürfen Wasserrechtsverleihungen und interkantonale Verträge, nach welchen zum Zwecke der Energiegewinnung Wasser in andere Kantone abgeleitet wird. Im Artikel 3 steht weiter, daß außerdem vom Großen Rat die Begehren von wenigstens 3.000 stimmberechtigten Kantonseinwohner der Volksabstimmung zu unterbreiten sind. Die 3.000 entsprechen bei 165.000 Einwohnern - letzter Stand des Kantons Graubünden - und 80% Wählern 2%.

Außerdem sind vom Großen Rat auf Begehren von mindestens 3.000 stimmberechtigten Kantonseinwohner der Volksabstimmung zu unterbreiten: 1. Vorschläge zum Erlassen von neuen Gesetzen, großratliche Verordnungen und Beschlüsse. 2. Vorschläge zur Aufhebung oder Abänderung von Gesetzen, welche schon mindestens zwei Jahre in Kraft sind sowie großratliche Verordnungen und Beschlüssen, seien dieselben bereits in Kraft getreten oder nicht. Das ist die Verfassung für den Kanton Graubünden.

Ich darf auch zitieren die Verfassung des Landes Tirol, zu dem wir bis 1920 gehört haben und das auch ein Bundesland ist und eine Verfassung hat. Die Verfassung, die ich jetzt vorlese, nennt sich Tiroler Landesordnung 1989, dort steht im Artikel 60: die Landesregierung hat eine Volksbefragung im gesamten Landesgebiet durchzuführen, wenn der Landtag dies beschließt oder wenigstens 10.000 zum Landtag Wahlberechtigte dies verlangen. Im Artikel 39 unter den Titel Volksabstimmung: ein Gesetzesbeschluß ist vor seiner Kundmachung im Landesgesetzblatt einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn der Landtag dies beschließt oder wenn binnen sechs Wochen nach

der Beschlußfassung wenigstens 10.000 zum Landtag Wahlberechtigte dies verlangen. Ich zitiere nur diese Artikel sonst würde das hier zu lange dauern. Was heißt hier 10.000 Unterschriften? Im Graubünden waren die 3.000 Unterschriften 2% und in Tirol, das 631.410 Einwohner und 504.000 Wahlberechtigte hat, sind die 10.000 Unterschriften auch 2%. Wenn man die 10.000 auf uns übertragen würde, so kämen wir provinzweise bei 375.554 Wählern in Südtirol - gemäß Statistik - und 372.083 Wählern im Trentino auf runde 2,2%.

Das ist der Stand der Bundesländer oder Kantone der Schweiz bzw. Tirol, wobei wir gehört haben, daß in der Schweiz der Grundsatz: "die gesetzgebende Gewalt wird vom Volke ausgeübt" heißt. In Nordtirol genügen immerhin 10.000 Unterschrift, um jedes Gesetz vor seiner Kundmachung einer Volksabstimmung unterziehen zu müssen bzw. eine Volksbefragung durchzuführen, wenn 10.000 Wahlberechtigte es verlangen. Das ist typisch für einen Bundesstaat. Was jetzt - das möchte ich noch einmal betonen - in Italien unterwegs ist, ist das Gegenteil von einem Bundesstaat, obwohl noch und noch vom Föderalismus die Rede ist. Ich habe gestern gesagt, daß ein Bundesstaat aus Staaten besteht, die in ihrem Bereich souverän sind, während bei uns von Föderalismus keine Rede sein kann.

Der Staat behält nach dem Vorschlag der Zweikammerkommission mehr als er bisher gegenüber den Regionen mit Spezialstatut gehabt hat und dabei wird extra noch der Schutz der vorrangigen und unveräußerlichen nationalen Interessen durch das nationale Parlament verfassungsmäßig verankert. Unter den 31 Sachgebieten, die der Staat sich ausdrücklich behalten hat - abgesehen von dem Klauselschutz der vorrangigen und unveräußerlichen nationalen Interessen -, befinden sich die Wahlgesetzgebung und die Regierungsorgane der Gemeinden, Schutz der Umwelt und des Ökosystems, Schutz der Kultur- und Umweltgüter und einheitliche Mindestebenen für alle sozialen, wirtschaftlichen und bürgerlichen Rechte und allgemeine Regelung der Erzeugung und des Handels aller Güter und Dienstleistungen, ebenso allgemeine Bestimmungen über Unterricht und Hochschulwesen, Studientitel und berufliche Nutzung und Sporttätigkeit. Das nur um zu sagen, daß hier alles eher als ein Bundesstaat unterwegs ist. Wenn der Vorschlag der „Bicamerale“ vom Parlament angenommen würde, dann würden wir zurückfallen in den Einheitsstaat, wobei die Regionen mit ihrer sogenannten Gesetzgebungsgewalt unter diesen Voraussetzungen nur mehr große Gemeinden wären, d.h. sie könnten Durchführungsgesetze zu den Staatsgesetzen erlassen, die Grundsätze für alles ohne Ausnahme festlegen können. Außerdem hat sich der Staat den Landschaftsschutz vorbehalten, den Kulturschutz wenn wir ihn so nennen wollen und vor allem anderen dann den Schutz der vorrangigen und unveräußerlichen nationalen Interessen.

Wenn wir jetzt gegenüber Rom ein Zeichen setzen wollen, daß wir uns als Glied dieses kommenden sogenannten Bundesstaates fühlen, abgesehen davon, daß die Zuständigkeit Referendumsgesetze zu machen vorgesehen ist, dann ist das der Augenblick wo man sagen kann, die Region Trentino-Südtirol hat darauf bestanden, daß sie das Referendum regeln kann, und zwar so weit als möglich der Zuständigkeit des Volkes entgegenkommend, das eben die Gesetzgebung wenigstens auf regionaler Ebene

und dann auf Landesebene beeinflussen können muß, wobei wir uns wie gesagt auf die Schweiz, mit der wir seit eh und je zusammenleben, und auf Tirol berufen können, wo sowohl das Trentino als auch Südtirol bis 1920 Bestandteile dieses Bundeslandes waren. Darauf können wir uns berufen, wenn wir auch nur das übernehmen was Nordtirol in seiner Verfassung hat. Ich habe es erwähnt, daß in Nordtirol ein Gesetzentwurf vor seiner Kundmachung einer Volksabstimmung unterzogen werden muß, wenn der Landtag dies beschließt oder wenn binnen sechs Wochen nach Beschlußfassung wenigstens 10.000 zum Landtag Wahlberechtigte es verlangen. Die Landesregierung hat also eine Volksbefragung im gesamten Landesgebiet durchzuführen, wenn der Landtag dies beschließt oder wenigstens 10.000 Wahlberechtigte es verlangt haben.

(interruzione)

PRESIDENTE: Le ricordo che ha ancora un minuto per concludere, cons. Benedikter. Si fidi del Presidente, ho tenuto segnati i tempi che lei ha consumato, ha ancora un minuto per concludere.

Lei ha già finito? E' puntualissimo.

Ha chiesto di intervenire la collega Zendron. Ne ha facoltà.

ZENDRON: Grazie, Presidente. Vorrei fare una breve premessa, dicendo che è con una certa meraviglia che stamattina mi accingo a parlare di questi disegni di legge, nel vedere chi siede e chi non siede al tavolo della Giunta...

(interruzione)

ZENDRON: Era anche peggio, dice la signora Klotz, ma voglio dire che la Giunta per molti mesi ha rifiutato di discutere questo disegno di legge in aula ed ha cercato di rallentare la discussione sul disegno di legge, perché l'assessore competente, che adesso non c'è più, non era preparato, adesso c'è un nuovo assessore e nemmeno si fa vedere, quindi evidentemente era un imbroglio quello di dire che non si poteva fare perché la Giunta non aveva ancora una sua posizione, adesso c'è la posizione e non c'è l'assessore che prende posizione, mi sembra una cosa un po' strana.

Bene, arriviamo in ritardo, notevole anche sugli stessi impegni del Consiglio, che nel dicembre scorso aveva deciso, approvando un ordine del giorno, che questo disegno di legge avrebbe dovuto essere discusso entro giugno, siamo arrivati con una certa fatica ad oggi e credo sia opportuno entrare nel merito, per evitare che la discussione sia proprio quella che la maggioranza ed i partiti di maggioranza vorrebbero, cioè una cosa superficiale che si ferma solo all'esterno.

Viviamo in un sistema di democrazia rappresentativa e questi 3 disegni di legge, quello del collega Pinter e i due disegni di legge di iniziativa popolare, propongono di inserire nel nostro sistema alcuni elementi di democrazia diretta.

Credo che bisogna dire subito che introdurre in un sistema di democrazia rappresentativa degli elementi di democrazia diretta non significa necessariamente

introdurre un elemento di conflitto, ma deve essere visto come un correttivo al sistema. Credo che questo valga particolarmente nella nostra situazione regionale, e provinciale e degli enti locali e infatti un disegno di legge si riferisce all'introduzione negli statuti dei comuni delle previsioni di referendum anche propositivo e nella nostra situazione - dicevo - negli ultimi anni sono state introdotte delle modifiche all'ordinamento che avevano come obiettivo quello di garantire una maggiore governabilità. Questo ha voluto dire che c'è uno spazio inferiore che viene riservato alla rappresentatività con delle limitazioni, le soglie, per esempio, ci apprestiamo ad introdurre un'altra anche nel sistema elettorale regionale, più poteri agli esecutivi, questo in direzione di garantire maggiore stabilità e governabilità.

Vorrei dire anche che a livello regionale, soprattutto per quanto riguarda la Provincia di Bolzano ed i comuni della Provincia di Bolzano, in realtà si sono prese molto volentieri da parte della maggioranza le modifiche che erano state introdotte a livello nazionale dalle due famose leggi di riforma in una situazione in cui effettivamente non è che ci fossero grandi problemi di governabilità, c'erano piuttosto problemi di democrazia, ma comunque siamo andati nella direzione di quello che era il cambiamento a livello nazionale, forse ancora qui si è fatto un passo avanti, sicuramente non necessario, limitando fortemente in moltissimi comuni la possibilità di referendum consultivo, così come ora già è parte dell'ordinamento, non è stato reso obbligatorio dalla legge regionale, per cui a suo tempo in aula, al momento della discussione, si è svolto un forte dibattito, che però la maggioranza ha risolto rendendo questo istituto facoltativo e soprattutto lasciando al comune stesso la determinazione delle caratteristiche, il che ha portato in troppi comuni della Provincia di Bolzano a determinare dei numeri, dei limiti, dei livelli dei numeri delle raccolte delle firme che è necessario raccogliere, essendo difficile l'esercizio di questo diritto.

Tornando alle ragioni...

(interruzione)

ZENDRON: Chiederei di chiudere la porta e chiederei all'assessore Di Puppo se può abbassare la voce, perché faccio fatica a parlare, non ho una voce potente come lui e come il collega Holzmann.

La ragione fondamentale che si deve portare a favore dell'introduzione di elementi di democrazia diretta all'interno di un sistema di democrazia rappresentativa, è legata al fatto che la democrazia rappresentativa si basa su un sistema di partiti, che credo sia l'unico sistema che conosciamo che funziona, nonostante gli abusi a cui abbiamo assistito e assistiamo ancora oggi, è il modo attraverso cui i cittadini possono organizzarsi e possono trovare delle forme reali di partecipazione e di formazione delle opinioni, tuttavia ci sono due elementi che rendono ampiamente imperfetto questo sistema, oltre agli abusi, che sono una cosa che compete a una sfera che è quasi condizione primaria, una soglia, che non riguarda il modo con cui sono organizzati, ma la moralità e questi altri aspetti, tuttavia proprio la componente ideologica che spesso

informa i partiti ed anche gli interessi anche in buona parte legittimi connessi al rispetto della maggioranza e della minoranza, fanno sì che sia necessaria una integrazione.

Un altro elemento, a mio parere, è la imperfezione della rappresentanza. La rappresentanza nella politica o la rappresentatività degli eletti è sicuramente molto ampiamente imperfetta, viviamo in una realtà che ha cercato di correggere queste imperfezioni attraverso delle regole, tuttavia rimane molto evidente, visibile anche in questo momento in quest'Aula il fatto, ad esempio, che comunque la politica in Italia e in questa Regione rappresenta non più della metà, o poco più della metà, della popolazione, qui manca una rappresentanza adeguata delle donne, quindi un genere intero è escluso e questo è particolarmente significativo ed evidente in Italia e lo possiamo ben dire, non riguarda solo la rappresentanza nella politica, ma si riflette anche negli altri settori, riguarda gli altri istituti e le altre istituzioni, ad esempio la Corte costituzionale, che, come voi sapete - proprio rimanendo su questo esempio della scarsa rappresentatività del genere femminile nella società dirigente - si è affrettata a bocciare come anticostituzionali le quote previste di riserva delle donne nelle liste elettorali sulla base del principio di eguaglianza, proprio in questi giorni è stata resa nota la sentenza della Corte di giustizia europea che ha invece dato ragione alla Renania Westfalia, dove di fronte ad un ricorso di un uomo riguardo alle quote il Land ha presentato la questione davanti alla Corte europea ed il risultato è stato positivo, cioè l'impegno delle istituzioni in questo senso, come si è visto, è cambiato, questo è un segnale di un'istituzione che vede all'interno della propria realtà rappresentata una parte di popolazione che in Italia invece non c'è come pure nella nostra Regione.

Quindi, riassumendo, l'imperfezione della rappresentatività all'interno delle istituzioni è un elemento che dovrebbe essere convincente o depone a favore dell'inserimento di elementi di democrazia diretta nel nostro ordinamento.

(interruzione)

ZENDRON: Faccio fatica a parlare, forse è troppo pretendere che qualcuno ascolti, però c'è un chiacchiericcio anche qui intorno, sulla mia sinistra...

Inoltre un aspetto importante è il fatto che ci sono delle questioni che interessano trasversalmente i cittadini al di là della loro scelta politica complessiva, che è determinata da questioni economiche, sociali, ambientale e tutto quello che volete di altro tipo, ma ci sono delle questioni che interessano tutti e che non possono essere risolte attraverso i normali strumenti della maggioranza o del principio maggioritario.

Ecco quindi che la previsione di introdurre nel nostro ordinamento la possibilità di presentare da parte dei cittadini dei referendum o attraverso la forma referendaria dei disegni di legge, delle petizioni, ma soprattutto la possibilità di fare dei referendum propositivi, che propongano qualcosa, nel nostro ordinamento c'è già quello abrogativo, ma quello propositivo richiede, e credo questo sia uno stimolo, una maturità da parte della popolazione che credo sia importante che il sistema politico cerchi di favorire, non si può partire dal presupposto di dire 'i cittadini vengono manipolati', sappiamo benissimo che almeno nella realtà attuale una forte manipolazione avviene

anche nei riguardi dei rappresentanti, tanto è vero che qui addirittura ci sono situazioni di evidenti rappresentanze lobbistiche o di decisioni che vengono prese fuori da quest'aula e che qui si limitano ad essere solo ripresentate formalmente, quindi direi che non si possa liquidare la proposta di dare più voce ai cittadini con la loro immaturità, fra il resto ritengo che la maturità dei cittadini vada anche favorita, incoraggiata e che le discussioni su questi strumenti e anche sugli oggetti delle proposte che vengono fatte sia uno dei modi che permette ai cittadini una effettiva maggiore partecipazione, che è quella cosa di cui tutti si lamentano: 'i cittadini partecipano poco', salvo poi preoccuparsi e spaventarsi quando i cittadini invece che limitarsi ad andare a votare chiedono di poter proporre qualcosa o di entrare nel merito delle questioni. Gli esempi che abbiamo avuto in Italia di ringiovanimento della nostra legislazione, di modernizzazione attraverso i referendum sono importantissimi, per decenni c'è stata una discussione sterile sulle questioni del divorzio e poi anche quella più delicata dell'aborto e credo per tutte due fosse evidente che la mancanza totale, la carenza gravissima di rappresentatività delle donne all'interno degli organismi delle assemblee politiche elettive determinavano una delle scelte ed anche la scarsa importanza che veniva data a queste tematiche, pure così sentite da parte della popolazione civile e attraverso i referendum è avvenuto questo cambiamento, che ha avuto anche delle conferme con dei numeri molto elevati sia di partecipazione che di scelta nella direzione che sappiamo di introdurre o di mantenere questi due istituti e questa è stata quasi anche una sorpresa se si guarda quale fosse il livello di discussione all'interno delle assemblee elettive.

Quindi si può dire che la possibilità dei cittadini di partecipare direttamente con la proposta alla costruzione delle scelte che regolano la vita comune è un fatto che può integrare, sicuramente influenzare e costringere gli organismi istituzionali a tenere conto di certi argomenti che di per sé sono poco sentiti, proprio perché non siedono sui banchi delle assemblee elettive quei soggetti che sono portatori di questi interessi, quindi questo secondo elemento mi sembra particolarmente importante.

Quindi mi fermerei qui per quello che riguarda le ragioni che depongono a favore delle proposte contenute in questi tre disegni di legge, sperando che si possa discutere più particolarmente dell'organizzazione che viene proposta all'interno, se il passaggio alla discussione articolata verrà - come io spero - approvato dalla maggioranza in quest'aula.

Non vorrei però rinunciare a mettere in luce gli aspetti delicati di questi disegni di legge. Non posso nascondere che in una realtà così complessa ed articolata come è quella della nostra Regione, ma in particolare, devo dire, della Provincia di Bolzano, il sistema referendario deve avere dei precisi limiti, che ne qualificano anche la possibilità di essere uno strumento positivo, non lo dico in senso negativo, ma perché credo che alcuni limiti valorizzino l'uso del referendum e come sappiamo il principio di maggioranza nella nostra realtà deve essere temperato dai diritti di co-decisione garantiti a tutti i gruppi linguistici, questo avviene per quello che riguarda la democrazia rappresentativa, a mio parere dovrebbe riguardare anche gli elementi di democrazia diretta che vengono proposti.

Vorrei dire che in generale, questo non riguarda solo la nostra realtà regionale e provinciale, i referendum non dovrebbero mai riguardare i diritti, anche di gruppi piccoli, cioè non si può decidere a maggioranza - come è stato fatto, e la trovo una cosa orribile, anni fa in qualche comune - se il comune voleva che ci fosse una casa per handicappati o per malati psichici all'interno del proprio territorio, questa è una cosa terribile che deve essere assolutamente evitata, perché non si può decidere a maggioranza sui diritti civili di questi gruppi, questo deve essere molto chiaro e questo vale in generale, però ci sono delle cose che sono anche delicate.

Nel disegno di legge in particolare di iniziativa popolare che riguarda la Regione, ad esempio, sono stati messi due correttivi ai commi 3 e 5 dell'art. 3, al comma 3 sono previsti dei numeri diversi per quanto riguarda le località che parlano ladino, questo va bene, però vorrei anche dire che le minoranze non sono solo quelle etniche, ci sono anche delle altre cose e quindi questo dovrebbe essere, secondo me, nell'articolato un'occasione di discussione su un ragionamento che non riguarda esclusivamente il gruppo che ha meno problemi, all'interno di comuni piccoli eccetera, dovrebbe riguardare anche quelli che sono minoranze all'interno dei comuni. Quindi bisognerebbe trovare una formulazione che garantisca tutti.

Quanto invece proposto dal comma 5 mi trova in profondo dissidio, in quanto credo che non si possa dire che i disegni di legge non possono essere 'in contrasto con la Costituzione, con lo Statuto speciale o con il principio di tutela delle minoranze linguistiche tedesca o ladina', i primi due ovviamente sì, però non si capisce per quale ragione i diritti o il principio di tutela della minoranza linguistica tedesca e ladina debba essere garantito e invece il gruppo italiano possa essere massacrato da una maggioranza che sicuramente all'interno della Provincia di Bolzano è composta da tutti e due e anche di molti comuni.

Quindi direi che questa cosa dovrebbe essere riformulata dicendo 'il principio di tutela delle minoranze' o 'il principio di tutela dei gruppi linguistici' e togliendo la specificazione di quali due, perché questo discorso potrebbe valere se fosse un referendum a livello nazionale, però a livello locale mi sembra che questo non valga, però questo depone a favore di chi ha fatto il disegno di legge che comunque si sia posto il problema di garantire che non ci siano delle violazioni di diritti, però credo che andrebbe un po' rielaborato.

Per quello che riguarda il comma 6 in generale, ma ora sto scendendo un po' più nei particolari, direi che quando il disegno di legge di iniziativa popolare viene approvato dall'Assemblea legislativa dovrebbe seguire l'iter normale, anche in caso di rinvio governativo, essendo divenuto un disegno di legge dell'Aula, a parte alcuni diritti di ricorso da parte dei cittadini, però anche lì direi che per quello che riguarda le procedure tecniche dovrebbe seguire l'iter dei disegni di legge normali, quindi con la riapprovazione da parte dell'Aula se l'Aula è convinta che quel testo sia giusto, aprendo un conflitto a livello superiore, oppure con la modifica nel momento in cui le osservazioni del Governo siano tali da fare prevalere delle ragioni che suggeriscano la modifica.

Per ciò che riguarda l'art. 5, 'Esame in aula', al comma 4 credo potrebbero esserci delle riflessioni per evitare che la presentazione di un disegno di legge di iniziativa popolare si configuri come un modo per aprire un conflitto tra popolazione e istituzioni.

Anche per quello che riguarda l'art. 7, l'uso delle procedure normali... Non entro particolarmente nel merito della discussione, che mi sembra vada bene, mi sembra che anche la serie di scadenze che sono previste perché i disegni di legge vengano presi in considerazione dalle Assemblee legislative mi sembrano opportune per garantire che questi disegni di legge non vengano ignorati, che non si svolga anche questa battaglia, come c'è stata qui per tanti mesi, anzi ormai per anni, contro una maggioranza che non sembrava assolutamente intenzionata a discutere, qui bisogna dire che anche la Presidenza del Consiglio, il Presidente ed il Vicepresidente, si è impegnata ben di più della maggioranza nel permettere che oggi si arrivi alla discussione.

Vorrei ancora utilizzare gli ultimi minuti per fare una considerazione di altro tipo, sperando di poter approfondire nella discussione articolata. Credo che ci siano delle grandi aspettative nei confronti di questo disegno di legge, soprattutto da parte di quelle aree di popolazione che sono poco rappresentate nei loro interessi, che non sono esclusivamente politici, di bilancio, eccetera, ma che sono appunto trasversali, fra le questioni ad esempio che troviamo anche nella pubblicazione fatta dai presentatori del disegno di legge, troviamo un grande interesse o una grande aspettativa per quello che riguarda le questioni ambientali, che sono questioni che spesso sono trasversali e su cui esiste sicuramente una maggioranza tra la popolazione almeno in Sudtirolo diversa da quella che è la maggioranza politica e questo credo sia un aspetto che dovrebbe incoraggiarci a fare uno sforzo per correggere, per completare, per migliorare la nostra democrazia attraverso l'accettazione di alcuni elementi, come qui vengono proposti, di democrazia diretta.

L'altro aspetto però che vorrei non fosse sottovalutato è anche quanto sta avvenendo a livello nazionale con l'approvazione della proposta di riforma da parte della Commissione di riforma della Costituzione, la cosiddetta Bicamerale, lì l'introduzione di elementi di democrazia diretta è sicuramente molto carente, la discussione però non finisce qui e credo sarebbe molto significativo se il Consiglio regionale della Regione autonoma del Trentino-Alto Adige desse questo segnale, passando anche un po' sopra al fatto che sicuramente una interpretazione restrittiva delle previsioni della Costituzione rende questa proposta di legge un po' sul filo del rasoio della costituzionalità, però farei uno sforzo in questa direzione per dare un segnale, per dire che sappiamo che rispetto alle previsioni e le norme della Costituzione italiana attuale questi disegni di legge sono un po' incerti, anche se non condivido i giudizi che sono stati dati tecnici, ma sicuramente un po' parziali da parte della Giunta e dei suoi esperti, ma credo, appunto poiché si tratta di modificare la Costituzione, che un segnale di questo genere potrebbe essere un segnale forte e significativo, che permette di fare un passo avanti in una direzione che è da augurarsi anche a livello nazionale, pur con quei limiti che evitino in ogni modo, e questo lo voglio sottolineare, che si arrivi ad un conflitto fra due sistemi con cui è organizzata la democrazia.

Termino subito, Presidente.

L'argomento è molto interessante, il tempo in qualche caso è poco, non ho tempo sufficiente per soffermarmi su due aspetti che però ritengo molto significativi, che sono quelli del quorum, su cui ho una posizione non univoca, ma tendente a richiedere una partecipazione abbastanza solida da parte della popolazione, soprattutto in una situazione di frammentazione in gruppi della realtà e sulla raccolta delle firme. Sono due questioni un po' fondamentali, in questo momento però credo che siano due questioni che possiamo rimandare al momento in cui spero arriveremo alla discussione articolata e potremo vedere quale forma dare alla proposta che vorremmo modificasse il nostro sistema e nello stesso tempo servisse di stimolo al Governo ed al Parlamento per una modifica nel senso di maggiore democrazia, quindi anche attraverso la democrazia diretta a tutti i livelli, sia nazionale che locale.

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Fedel. Bitte, Abgeordneter Fedel.

FEDEL: Grazie, onorevole Presidente. Signori colleghi, credo che alla base del disegno di legge n. 11 presentato dal collega Pinter ci sia un errore fondamentale, che oserei denominare di concezione ideologica e concettuale di fondo, nel senso che, con tutta la buona volontà che può averci messo il collega con i suoi collaboratori, è partito da un punto di vista errato e ha raggiunto conclusioni altrettanto.

Primo, perché già il popolo elegge i propri rappresentanti e quindi sono titolati i medesimi a rappresentare le esigenze della nostra gente e del nostro popolo, sia esso trentino, che tirolese, pertanto cercare di scavalcare questa forma di democrazia che è sancita dalla costituzione e dallo statuto di autonomia è un concetto errato, ancorché esiste già una struttura che consente in casi di emergenza di presentare leggi di natura popolare o di iniziativa - meglio - popolare, pertanto ecco che ribadisco un'altra volta, anche se mi ripeto, ma repetita iuvant, alla base del disegno di legge n. 11 sta una concezione ideologica e concettuale di fondo sbagliata, pertanto, proprio per quanto detto prima, che già il popolo elegge i propri rappresentanti, i quali sono quelli che devono fare il loro dovere, se non lo fanno c'è già il popolo e la stampa che giudicano, senza dover allargare il concetto a una sovrastruttura - la vorrei chiamare - referendaria, struttura di difficile applicazione, oltre che costi, di inciampo dell'attività legislativa, che potrebbe portare questa sovrastruttura all'anarchia, mi capisce collega Pinter, perché qui rischiamo di mettere insieme con questo disegno di legge un meccanismo che facilmente ci potrebbe portare all'anarchia, che è un concetto negativo, ergo bisogna evitarlo seguendo le regole e seguendo le leggi esistenti.

La sensibilità del legislatore poi nei confronti di eventuali leggi di iniziativa popolare dovrebbe essere una cosa implicita, non serve codificarla in legge, perché, ripeto, diventerebbe un rischio di cadere nella struttura anarchica che è contraria al

concetto nobile della democrazia. Le precisazioni tecniche che non sono qui contenute, almeno, sufficientemente per quanto ci riguarda, sono un altro problema che ci pone come Autonomia Trentino Integrale in difficoltà non dico ad approvare, perché non approveremo questo disegno di legge come Autonomia Trentino Integrale, ma anche per la mancanza, la carenza di precisazioni tecniche, dopo di che, vede, prendiamo il secondo comma della sua relazione, dove dice 'non può che assumere il linea di massima le forme della democrazia' e qui casca l'asino, come si dice, 'in linea di massima' che vuol dire che la sua relazione già è cascata in questo momento, perché almeno avrebbe dovuto essere sicuro di quello che vuole portare avanti nell'articolo, quando lei parla 'in linea di massima' ecco che non è neppure lei convinto della valenza di questo disegno di legge n. 11, perché altrimenti si esprimerebbe in forma decisiva e non 'in linea di massima', il che vuol dire - ed è qui che casca l'asino - come si suol dire, la debolezza di questa proposta di legge.

Proseguendo sempre nella lettura del secondo comma della sua relazione: 'Va, peraltro, detto che si restringe l'ambito territoriale (dallo Stato, alla Regione, alla Provincia, al Comune), più possono estendersi le forme di democrazia diretta, in ragione della diminuzione del corpo elettorale'. Allora, vogliamo ampliare la presenza del 'corpo elettorale', - così come lei lo chiama, io avrei scritto 'degli elettori', anziché del 'corpo elettorale', che non è che mi piaccia molto come concetto, io avrei scritto 'degli elettori' - e poi è incomprensibile questo 'restringe l'ambito territoriale (dallo Stato, alla Regione, alla Provincia, al Comune)', stiamo facendo un nobile dibattito politico in Provincia di Trento e credo anche nella Provincia autonoma di Bolzano attorno alla valorizzazione dei comuni, e quindi valorizzando i comuni si parla anche di valorizzazione degli amministratori comunali, ma si vuole imporre a questi amministratori obbligatorietà di referendum, quando, se vogliono, lo possono ancorché oggi effettuare, perché disegni di legge di iniziativa popolare ne ho presentato prima che lei smettesse di avere i pantaloni corti, tanto per intenderci, dopo di che spetta agli amministratori, alle commissioni, al Consiglio, sia esso provinciale, sia esso regionale, che è stato delegato dal popolo, come dicevo prima, ad accettarne le istanze, mentre il disegno di legge n. 11 altro non fa che creare una struttura che porta all'anarchia, mentre vi sono problemi più fondamentali ai quali rispondere, per esempio a quanto scrive la Fondazione Agnelli sulla nostra autonomia oggi, ma non è la prima volta; personalmente avevo consigliato la popolazione della Provincia di Trento di non acquistare più macchine FIAT, sono stato redarguito, naturalmente, dalla stampa, però non è possibile che una fondazione si permetta di incidere così pesantemente a livello nazionale sulla nostra autonomia, questi sono i problemi veri, altro che referendum e riapro l'appello sul fatto di non acquistare macchine FIAT, perché il senatore Agnelli si faccia i fatti propri e non venga ad incidere sulla nostra libertà, sui nostri diritti e sulla nostra comunità.

Per quanto riguarda il problema del sistema elettorale proporzionale, abbiamo l'impressione, leggendo anche la stampa di oggi, mi dispiace che non ci sia il Presidente Grandi, noi come Autonomia Trentino Integrale, siamo per il sistema proporzionale, che lei accenna qui, sempre nella prima pagina della sua relazione al

terzo capoverso, che può essere corretto e come Autonomia Integrale abbiamo già presentato un disegno di legge che riguarda la soglia naturale, il quorum, mantenendo evidentemente la proporzionale, non chiediamo che la nostra proposta sia perfetta, onorevole collega Benedikter, sarò disponibile ancora oggi a vedere che cosa può essere cambiato, anche perché ritengo che sia la soluzione migliore per risolvere il problema della governabilità nel Trentino.

(interruzione)

FEDEL: Vede, collega, che lei sa quanto la stimo, quando lei nel terzo comma scrive ‘i correttivi diretti (in particolare il referendum) solo quale strumento di resistenza allo strapotere dei governanti’, lei è o non è un governante? Lei è o non è un consigliere regionale e provinciale? Allora lei si sta lavando addosso, come si dice, e quindi questo non funziona, è una scorrettezza nella sua relazione che poteva anche evitare.

‘Gli eletti rappresentano solo una parte della popolazione, diviene essenziale per la stessa sopravvivenza del sistema costituzionale dare forza agli strumenti di democrazia diretta’, ma come, gli eletti rappresentano una parte della popolazione? No, non è vero, gli eletti rappresentano tutta la popolazione ed ecco perché vi è la necessità di mantenere il sistema proporzionale e nel contempo garantire la rappresentanza anche di chi non è direttamente rappresentato nei Consigli regionale e provinciali e con ciò ritengo di aver chiarito il mio concetto.

Il problema dell’inerzia, come lei dice a pag. 3, ultimo comma, non dipende da una legge 11, ma dipenderà dall’attività, dalla solerzia nostra, mi comprende, cons. Pinter? L’inerzia, per quanto mi risulta, non c’è stata, ma questo è un autogoal, perché che cosa pensa la gente quando legge il suo disegno di legge, che lei è inerte, che lei soffre di inerzia, comprende che è un autogoal?

Poi il problema dei termini perentori, mi pare un termine poco democratico, oltre tutto. L’inerzia del Consiglio, ma come può lei permettersi di scrivere queste cose contro i 70 componenti del Consiglio regionale e i 35 del Consiglio provinciale? L’inerzia del Consiglio! Ma cosa crede, di essere Salomone? Non credo di essere mai stato inerte, inerti sono eventualmente i residui del porfido, delle case che si costruiscono, che si abbattono, ma delle persone che sono qui nessuno è inerte, mi creda!.

Poi lei arriva addirittura alla storia antica: ‘un parziale ma significativo ritorno alla polis’. Lei pensa che la realtà attuale della nostra società sia possibile paragonarla alla polis greca? No, altre erano le situazioni, altri erano i territori, altra era la storia che vivevano i greci a quel tempo, come la Svizzera di oggi, che usa ancora il referendum, però ha la struttura per usarlo, nella divisione territoriale, che è una cosa diversa, perché se voi non conoscete i cantoni svizzeri, prendiamo l’Alpenzell, tanto per dirne uno, lì abbiamo un coacervo limitato di persone, una legislazione e una tradizione di fondo diverse sotto il profilo civico e quindi politico, mentre diversa è la nostra situazione, visto che siamo divisi, abbiamo la Regione con le due Province autonome e se iniziamo, già abbiamo delle difficoltà, vedi coloro che vengono a mettere il naso nei

nostri affari - scusate il gergo dialettale -, come la Fondazione Agnelli, riusciremmo soltanto ad avvicinarci all'anarchia, quindi il paragone, onorevole Pinter, 'un parziale ma significativo ritorno alla polis' è come inventare l'acqua calda, nel senso che non si può tornare indietro di 2000 anni, perché viaggiando con la testa volta all'indietro, e termino, si rischia di sbattere contro il primo palone della luce che si incontra.

Pertanto credo sia una legge superflua, che non può, per le ragioni che ho esposto, essere approvata, ancorché riconosco il suo sforzo, uno sforzo comunque che poteva dedicare ad altri momenti e ad altri significati. Grazie.

PRÄSIDENT: Un attimo solo, consigliere Dalbosco. Zum Fortgang der Arbeiten der Abgeordnete Atz, bitte.

ATZ: Herr, Präsident, ich möchte bitten, daß wir um 12.30 Uhr unterbrechen, um unserer Fraktion die Gelegenheit zu geben sich noch zu beraten. Bei der Gelegenheit wissen dann die Kollegen, daß es ab 3.00 Uhr wieder weitergehen kann und so brauchen sie nicht unnütz hier herumzuwarten. Danke.

PRÄSIDENT: Es ist üblich, daß man solchen Ansuchen stattgibt und ich sehe auch keine Widersprüche seitens der Aula und somit werden wir um 12.30 Uhr vorzeitig schließen und um 3.00 Uhr dann die Arbeiten wieder aufnehmen.

Der Abgeordnete Dalbosco hat das Wort. Bitte, Abgeordneter Dalbosco.

DALBOSCO: Grazie, Presidente. Constato che anche in questa sede regionale, e non solo nella sede del Consiglio provinciale della Provincia autonoma di Trento, la nuova maggioranza si fa costantemente rappresentare dal cons. Fedel come suo speaker a quanto pare ufficiale, autorizzato e forse anche autorevole.

La titolarità esclusiva del potere dunque di fare le leggi e in genere della sovranità sembra, secondo la tesi del cons. Fedel, risiedere non tanto originariamente nel popolo, sia pure con i limiti e nelle forme che la costituzione prevede, ma esclusivamente negli eletti, è una concezione alla Luigi XIV per cui non più lo stato sono io, ma il popolo siamo noi, noi rappresentanti abbiamo ormai un mandato praticamente esclusivo e nei fatti svincolato da controlli - questa è la concezione emersa dalle parole del cons. Fedel -, 'per favore non disturbate il manovratore', una concezione che, in forme anche più moderne di quelle che abbiamo appena sentito risuonare poco fa nell'aula, è peraltro di grande attualità con strumenti di persuasione e apparentemente logici ben più efficaci ed incisivi di quelli esposti dal consigliere poco fa.

La sua tesi è facilmente smontata ricorrendo proprio alla costituzione che nell'art. 71 al comma 2 introduce con chiarezza il principio, perché a questo punto si parla di un principio, al di là delle modalità concrete con cui lo si realizza, secondo il quale il popolo esercita l'iniziativa delle leggi, all'art. 75 è introdotto il referendum abrogativo come istituto, nell'art. 138 della costituzione, sia pure in un contesto molto particolare, abbiamo il referendum confermativo, negli statuti comunali è prevista la

possibilità di indire referendum di diverso tipo nei nostri comuni, quindi la tesi enunciata poco fa dallo speaker della maggioranza è una pura e semplice bestialità.

Certo, come abbiamo detto anche ieri, ci sono dei problemi nell'esercizio delle forme della democrazia diretta connessi alla scala, quando una comunità assomma a milioni di componenti è indubbiamente difficile esercitare in forme realmente democratiche questi istituti di democrazia diretta, ma altro - ripetiamo - è il caso delle nostre Province e della nostra Regione, qui la dimensione stessa delle nostre comunità, oltre che la loro storia, la loro tradizione, cui tante volte ci si appella, la loro configurazione sul territorio, cambiano completamente i termini del problema.

Allora essendo intervenuto io ieri, non intendo prolungare i termini della discussione, voglio soltanto ribadire pochissimi punti per quanto mi riguarda, conclusivi.

Innanzitutto assistiamo ad uno spettacolo di questo tipo: partiti, gli organismi che dovrebbero rappresentare il popolo e che portano questo nome nel loro simbolo, 'Südtiroler Volkspartei', Partito Popolare Trentino, Partito Popolare Italiano, oppure la nozione di autonomia, Partito Autonomista Trentino Tirolese, Autonomia - addirittura - Integrale, se ne fanno un baffo di 4000 firme che a fatica, indubbiamente, sono state raccolte per ciascuno dei due disegni di legge di iniziativa popolare nn. 57 e 58 e il fatto di irridere alla fatica di questi cittadini, 4000 e 4000 firme, testimonia che per l'appunto di leggi di iniziativa popolare non si vuole sentire parlare, oggi in quest'Aula e si profila molto probabilmente, anche se ancora ci ostiniamo a sperare di no, una richiesta di non passaggio alla votazione degli articoli, ci si fa un baffo di questi 4000 cittadini che hanno manifestato con più fatica, rispetto a chi se ne sta inerte e silenzioso, la volontà popolare di esprimersi in sede legislativa, ignorano questo a dispetto del 'Popolare' o dell' 'Autonomia' che recano nel simbolo, e già questo la dice lunga su questa concezione di sovranità che non più appartiene al popolo, ma a dei rappresentanti che si arrogano ogni diritto e vogliono sfuggire al controllo. Ma che rappresentanti sono quelli di una maggioranza che non sta in aula? Guardate il banco della Giunta, una Giunta rappresentata dall'assessore Casagrande, non dal Presidente, neppure da un Vicepresidente oggi si arroga il diritto di neppure passare all'esame dell'articolato e di confrontarsi nel merito di queste leggi? E' la prova lampante, ipso facto vediamo questa assenza sistematica e continuativa dei rappresentanti più autorevoli della Giunta, questo testimonia della validità di questa iniziativa di legge popolare, quando i rappresentanti della democrazia diretta sono passivi e sì, assessore Fedel, improvvisamente sparito dal dibattito, inerti, ebbene, forme di supplenza, di stimolo e di controllo devono venire, come le tradizioni democratiche non solo della vicina Svizzera, ma d'oltre oceano, la tradizione americana ci mostrano che si può fare e che queste strade sono percorribili.

Abbiamo assemblee legislative che sono intasate, inceppate, che producono a volte poche leggi ed a volte troppe, spesso confuse ed attaccabili addirittura dal punto di vista della tecnica normativa e quindi della comprensibilità, dell'applicabilità e della chiarezza e vogliamo che i cittadini se ne stiano zitti, votino, deleghino ed esercitino solo in questa forma il loro diritto di esercizio della sovranità democratica? Questo è

francamente scandaloso, si potrà essere contrari a questo o a quell'articolo o forse anche a tutti, ma, per favore, ci si confronti, l'ho detto ieri, lo ripeto e lo grido oggi, ci si confronti, Presidente Grandi, che non c'è qui, si confronti, Vicepresidente Pahl, che non c'è qui, si confronti, Vicepresidente Panizza, che non c'è qui, si confronti! Ma che cosa avete fatto? Avete delegato l'assessore al personale ed al patrimonio, se non erro, ad esporre la tesi della Giunta su questa problematica? Chi è l'assessore competente? Se non sbaglio lo stesso Presidente Grandi e quindi sollecitiamo non due paroline di convenienza, ma un confronto articolato e competente, che è la precondizione perché la Giunta non legittimi con questo comportamento ipso facto le richieste provenienti da migliaia di cittadini.

Dunque ben altre riflessioni e ben altri comportamenti ci attendiamo da partiti che portano nel nome la dicitura di 'popolari' o si richiamano all'autonomia nel loro stesso nome e che oggi probabilmente, anche se speriamo ancora di no, tradiranno questa origine da cui essi traggono vita e al cui servizio essi dovrebbero porsi, attendiamo ancora che qualcuno di autorevole - questa volta - della Giunta regionale prenda posizione esplicita su questi disegni di legge. Grazie.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Willeit hat das Wort. Bitte schön, Abgeordneter Willeit.

WILLEIT: Egregio signor Presidente, egregi consiglieri, sarò assai più breve di coloro che mi hanno preceduto. Voglio premettere che condivido pienamente i principi che stanno alla base della cosiddetta democrazia diretta, principi che rendono partecipi gli elettori alla funzione legislativa in fase di proposta o di abrogazione. Tra questi principi quelli più convincenti mi sembrano essere il coinvolgimento preventivo degli elettori, della gente, si può dire, e con ciò l'ammorbidimento della potestà coercitrice dello stato e dunque l'avvicinamento del cittadino allo stato. Considero questa partecipazione degli elettori anche una forma, o forse una delle migliori, di sussidiarietà, cioè di esercizio della funzione pubblica da parte dei cittadini, non annovero fra i principi validi la teoria dei numeri, cioè la base larga sulla quale dovrebbe nascere la legge, perché la teoria dei numeri si addice meglio non alle democrazie, ma ai sistemi totalitari, perché solo questi ultimi hanno la totalità degli elettori, la totalità dei cittadini dalla loro parte, eppure fanno le peggiori leggi ed hanno le peggiori democrazie.

Desidero sottolineare anch'io che attraverso il referendum non deve essere snaturata la funzione o la fonte di diritto, in questo caso, non deve essere snaturata la vera funzione della legge, le sue qualità di generalità, di astrattezza, di durata nel tempo, per cui anch'io gradirei maggiore rigore nell'abrogazione che non nella proposizione, che non nel referendum costitutivo.

L'elemento che mi sta più a cuore tuttavia è uno preciso, particolare e riguarda la partecipazione all'iniziativa popolare, il collega Benedikter ha trattato questo punto ieri, osservando che lo stato chiede una cifra di 800.000 sottoscrizioni, cioè il 2% degli elettori circa, chiede questo numero senza distinguere fra abrogazione e costituzione. Le leggi esistenti della Regione e quelle proposte, di cui stiamo

discutendo, prevedono, come voi sapete, accanto ad un'iniziativa popolare riguardante l'intera Regione o le intere Province, un referendum relativo alla tutela della minoranza ladina basato su territorio locale dei comuni ladini e qui balza all'occhio in modo molto macroscopico la totale sproporzione dei numeri delle sottoscrizioni richieste a livello regionale e richieste a livello locale; se gli elettori che possono partecipare a livello regionale sono all'incirca 700.000, a livello provinciale all'incirca 350.000, quelli a livello locale sono 25.000 e 50.000 e incredibilmente il vecchio legislatore - lo chiamo 'vecchio' - e quello proponente nuovo non sanno fare i conti. Il collega Pinter, come quanti hanno presentato il disegno di legge n. 57, prevede per la proposizione di una legge regionale non più di 2000 firme e rispettivamente non più di 4.000, il che costituisce lo 0,30% rispettivamente lo 0,60% degli elettori, cioè nemmeno l'1%, lo 0,30% e, guarda caso, nessuno si è preso il fastidio di controllare il rapporto per una legge riguardante la minoranza ladina, si chiedono per i comuni ladini 500 firme nel Trentino e rispettivamente 1000 firme per la Provincia di Bolzano; bene, qui ci muoviamo sul 7 e sul 10% dei possibili sottoscrittori, non meno di 30 volte di più, cioè effettivamente non sono stati controllati i numeri, ovvero non si è introdotto quella garanzia che si voleva introdurre.

A mio avviso un giusto quorum si muove indubbiamente intorno al 2% degli elettori che possono sottoscrivere l'iniziativa e ciò significa per la legge regionale all'incirca 14.000, per la legge provinciale 7.000 e per le leggi della minoranza ladina 500 per la Regione o meno di 400, o tutt'al più 400, per le leggi provinciali.

Qualora le proposte di legge avessero la fortuna di poter continuare dovrei chiedere la rettifica di questi numeri, ma concludo dicendo che nel mentre stiamo discutendo in quest'aula della democrazia diretta, di una maggiore partecipazione della popolazione all'esercizio della funzione pubblica, i partiti di maggioranza stanno discutendo su come escludere i cittadini dalla funzione pubblica, come eludere i diritti fondamentali delle persone e delle comunità, tra questi la libertà di organizzarsi socialmente, la libertà di organizzarsi politicamente, fra questi la necessità delle minoranze di potersi organizzare autonomamente ed è questo che si sta discutendo, come escludere attraverso una riforma della legge elettorale, attraverso l'introduzione di soglie elettorali. L'introduzione della soglia elettorale per la minoranza linguistica ladina non è altro che un attacco alle fondamenta al diritto di esistenza di questa minoranza stessa.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Divina.

DIVINA: Grazie, Presidente e colleghi. Dalle date riusciamo a capire i collegamenti che ci sono tra questi disegni di legge, mi soffermo sul disegno di legge primo presentato dal collega Pinter, perché mi pare che i successivi sono più o meno ripresi anche nei termini, sono stati più aggiustamenti che modifiche di sostanza all'impostazione che dava Pinter nel suo testo di legge. Tutti e due i disegni dicono nel diritto di iniziativa che ogni cittadino iscritto nelle liste elettorali può farsi promotore di un disegno di legge, ancora più forte è il disegno di legge popolare dove non solo dice che ogni

cittadino iscritto ha diritto di proposta, ma lo chiama proprio 'elettore proponente', 'la proposta viene esercitata dall'elettore proponente', qui ravvedo un grosso rischio, che è quello di dare una legittimazione esterna al famoso cittadino proponente che poi sarà nel tempo citato come il famoso disegno del 'signor X'. Una volta, se ricordate, colleghi, si dovevano fondare dei comitati, i quali erano i comitati promotori del referendum, i comitati promotori di questa petizione eccetera, siamo usciti dall'impianto, se vogliamo, della proposta collettiva, perché poi da un comitato che si fa promotore indubbiamente con la richiesta delle sottoscrizioni si allarga, possiamo definirlo come un secondo grande comitato che chiede alle istituzioni che venga presa in considerazione la sua proposta, abbiamo fatto un passo indietro, che riteniamo abbastanza grave, cioè la personalizzazione di un'iniziativa che poi sarà di iniziativa popolare.

Stiamo vivendo una fase della politica che non ha avuto eguali nella storia, che noi riteniamo di assestamento, cioè una fase transitoria dove però le regole sono un po' cadute, anche un po' l'etica politica è scaduta, dove tutte le astuzie, gli stratagemmi sono quasi diventati la norma, dove si fa più politica fuori dalle istituzioni che non dentro le istituzioni, la si fa con i gruppi di pressione, tramite il sindacato portatore di interessi ormai generali, la si fa con le pressioni a tutti i livelli, la si fa con una certa stampa, che a volte si fa portatrice di proposte politiche giustificata dalla carenza, dall'assenza e dalla latitanza del mondo politico, al quale tra il resto ormai abbiamo anche fatto l'abitudine, nessuno rivendica più ruoli e nessuno riporta più a rispettivi ruoli le altre componenti di questa società, bene, introdurre che l'elettore proponente o dare la possibilità ad ogni elettore - noi sappiamo quanta fantasia abbiano in questo momento tanti elettori che si rifanno a quella o a quell'altra filosofia - di mettere in campo proposte di legge a volte anche demagogiche, perché, sapete, oggi basterebbe dire 'facciamo una proposta di legge per abbattere il palazzo di piazza Dante', che metà dei cittadini trentini la sottoscriverebbe, indubbiamente si presterebbe il fianco ad operazioni di questo tipo, al che dobbiamo stare molto attenti a scadere nel populismo, in questo falso allargamento della democrazia.

Perché non si fraintenda, la Lega voterà questi disegni di legge, la Lega è convinta che siano buone proposte, però non può fare a meno di suonare una specie di campanello d'allarme, stiamo anche attenti a prendere la strada dell'allargamento, non vi è mai eccesso indubbiamente di democrazia, ma questo allargamento fuori dall'alveo naturale, perché grossi rischi ci sono.

Vedo un'altra piccola cosa poco rispettosa, per esempio, nel disegno di legge del cons. Pinter, dove non parifica tutti i comuni del Trentino, perché l'iniziativa, oltre a spettare ad ogni cittadino spetta anche al consiglio comunale di Trento e di Bolzano, oppure a 5 consigli comunali. Crediamo che, se riconosciamo ad ogni cittadino questo diritto di iniziativa, a maggior ragione lo dobbiamo riconoscere ad un consesso di cittadini, tra il resto espressione di una pluralità ancora più larga di cittadini, ma a questo punto che sia il più piccolo comune del Trentino, come il capoluogo del Trentino o dell'Alto Adige, poco muta, non comprendo perché Trento e Bolzano possono essere portatori di proposte di legge, non lo possono essere Rovereto, Merano, Massimeno a Trento e non lo può essere la Val d'Ultimo - potrei sbagliarmi, vorrei dire il più piccolo

comune dell'Alto Adige, ma non so quale sia - per cui credo che sia una piccola, non sostanziale, correzione.

Un'altra cosa, i due disegni di legge differiscono anche qui abbastanza poco: il disegno di legge Pinter richiede la sottoscrizione per i disegni di legge di 2.000 firme, mentre i proponenti del disegno di legge di iniziativa popolare parlano di 4.000 firme. Raccogliere firme è molto facile, lo so dalle ultime due volte che il nostro movimento è sceso in piazza a chiedere firme, una sui vitalizi, sull'abolizione delle pensioni d'oro dei consiglieri, in pochi giorni si sono raccolte più di 3.000 firme e un'altra che è durata poco più di 3 o 4 giorni riguardava la possibilità di fare quelle gare motoristiche in montagna, che una componente politica aveva tentato in tutti i modi di cancellare, per la quale in pochi giorni si sono raccolte oltre 12.000 firme, cioè raccogliere firme non è difficile e, facendo una piccola digressione, dando la possibilità ad un cittadino estroverso e fantasioso di essere il promotore, cioè il portatore di un disegno di legge che poi verrà citato, portato agli onori, sappiamo anche quanta volontà ci sia di apparire, abbinato ad un numero forse troppo esiguo di firme, e la facilità basta usare il canale giusto, la parola giusta, parliamo di indennità dei consiglieri, le firme si raccoglierebbero, per esempio, a dismisura, e si rischierebbe di incentivare il personalismo nella politica, tra il resto fuori dai canali istituzionali, anzi bypassandoli.

Cosa porta questa attenzione tardiva al problema delle iniziative popolari? Porta che si perde di riferimento l'equilibrio, viviamo in un paese, l'Italia, che forse per storia non ha mai avuto equilibrio, praticamente non c'è mai stata una giusta misura, o si era tutto di là e il giorno dopo si rischiava di cadere tutto al di qua, per esempio nell'esame in Commissione a questi disegni di iniziativa popolare viene data una corsia privilegiata, cioè entro 30 giorni devono essere portati in discussione in Commissione ed addirittura entro 120 devono essere conclusi, questo sotto la forte spinta di 2.000 cittadini che lo chiedono e credo che 2.000 cittadini che lo chiedono abbiano il diritto di essere ascoltati, però diciamo le cose in modo onesto, ci sono forze politiche in quest'aula, magari, che stanno rappresentando non 2.000 cittadini, ma magari 50.000, 80.000 o 100.000 cittadini, crediamo che anche quelle forze che rappresentano 50.000 o 100.000 cittadini dovrebbero avere la stessa dignità, la mia forza politica ha presentato disegni in questo Consiglio regionale che non ha ancora visto dall'inizio legislatura portati in discussione, idem in Consiglio provinciale, chiediamoci in tutta onestà, facciamo una cosa buona ad introdurre questa corsia preferenziale o rischieremo anche noi di doverla utilizzare, perché se una forza politica che si vede stoppato un disegno, non per colpe, per paralisi, per incapacità, per contrapposizioni politiche, per quello che vogliamo noi, se sa che andando in piazza e a raccogliere 2.000 firme questo disegno sarà poi un disegno che partirà con il diretto invece che con l'accelerato, finiremo noi per cambiare il modo di fare politica ed anche questo è un rischio che bisogna evidenziare prima di scendere nel buonismo, nel vedere tutto bene ciò che viene da una parte e tutto male quello che viene dall'altra, perché noi siamo eredi di un vecchio modo di fare politica che giustamente va criticato, che giustamente va modificato, però non possiamo fare né i detrattori né i demolitori all'interno dell'istituto che dovremmo quanto meno non dico rinvigorire, ma riaccreditare, perché stiamo pagando scotti che a

noi non spettano, qualcuno ha fatto cadere il credo, ha fatto venir meno quel senso e quel legame fra un cittadino e i suoi rappresentanti, perché abbiamo visto come i suoi rappresentanti hanno trattato i cittadini, bene, noi li pagheremo, li stiamo pagando questo retaggio, questa colpa dei nostri 'padri spirituali', la Lega non ha padri spirituali, ma la politica di ieri ricade su chi fa politica oggi, non rischiamo anche noi di fare il gioco al massacro, perché alla fine non ci sono tante soluzioni.

Credo che sia una cosa giusta, e tutti e due i disegni di legge lo prevedono, dare voce ha chi ha poca voce, cioè abbiamo continuato a parlare di minoranze ed è giusto dire che le minoranze, in questo caso si citano quelle ladine, abbiano un occhio di riguardo. Sono tanti, sono pochi, si chiedono per esempio soltanto 1.000 sottoscrizioni per il referendum quando questo toccasse i comuni della Ladinia, la Badia, la Gardena e la Val di Fassa, non so dire se sono tante, ho ascoltato l'intervento di Willeit, egli dice che c'è una sproporzione, probabilmente allora andranno limati, l'intento di chi ha scritto l'articolo penso sia stato positivo, cioè di guardare con un occhio di riguardo una zona che per le proprie problematiche può trovare più difficoltà di altre a portarle all'interno delle istituzioni, forse sono ancora tanti, anche se i numeri sono stati ridotti.

Concludo dicendo che sono due buone iniziative di legge che la Lega voterà, chiederà qualche piccola correzione, alcune le ho evidenziate, altre saranno ancora meno pregnanti, stiamo attenti però a non abdicare come consiglieri, come classe politica che ha degli obblighi, tra i quali anche di legiferare, di non abdicare per un eccesso di populismo o per paura di rivendicare un ruolo all'esterno, rispettiamo i ruoli, qui si faccia la politica che ci è richiesta, si lasciano le parti sociali contribuire alla vita politica, dando regole precise, non troppo severe per evitare che questo sia un falso allargamento, una falsa disponibilità, stiamo attenti, però, ai meccanismi che si potrebbero ingenerare, perché alla fine saremo costretti ad usare tutti i nuovi canali se questi dovessero essere, ripeto, per un eccesso del momento, per moda di decentramento, innovatori, rivoluzionari, rispetto a 5 o 6 anni fa, in cui di federalismo si leggeva solo sui libri di testo, sui testi costituzionali, oggi mi pare che il federalismo è entrato nel lessico generale, ogni forza politica riconosce e lavora per un cambiamento di questa Repubblica, non dico che la Lega abbia fatto tendenza, ha posto indubbiamente dei problemi che esistevano, ha segnato anche un modo per risolverli, però non nascondo che ogni proposta 'rivoluzionaria', anche nel linguaggio, oltre che provocare scossoni e molta attenzione per il fatto che è dirompente con il passato, provoca anche strascichi ed un certo seguire la corrente perché fa moda, perché fa tendenza, perché senz'altro è una novità; ecco, fa tendenza sicuramente anche il decentramento in tutti i sensi, anche l'ascoltare il parere della società, dare poteri e decentrare il potere politico alle componenti sociali, stiamo attenti che, se ci scappasse di mano, potrebbe divenire l'unico canale per fare politica.

Alcune cose sono state evidenziate, alcune altre le evidenzieremo nel discorso, ciò non toglie che la proposta sia in ogni caso da approvare.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Si è iscritto a parlare il cons. Gasperotti. Ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Grazie, Presidente. L'occasione che ci dà di discutere questi disegni di legge rispetto al bisogno di una risposta alla richiesta di presentazione di referendum propositivi ci vede oggi tutti impegnati a rispondere al quesito, lo stesso quesito è stato posto anche in sede di Bicamerale e questa al proposito, all'art. 105 del testo del 30 ottobre 1997 afferma: 'E' indetto referendum popolare per deliberare l'approvazione di un progetto di legge di iniziativa popolare presentato da almeno 800.000 elettori. Quando entro 18 mesi dalla presentazione le Camere non abbiano deliberato su di esso, si applicano i commi secondo e terzo dell'art. 104. La Corte costituzionale valuta l'ammissibilità del referendum, decorso tale termine di cui al primo comma.' I commi dell'art. 104 indicano fundamentalmente il tipo delle proposte ed il modo di presentazione.

Questo è il testo della Bicamerale, è introdotto nella parte seconda della Costituzione. Ci sono diversi disegni di legge anche costituzionali che andavano a dare una risposta a questa richiesta di democrazia diretta, quale integrazione con il mandato della democrazia parlamentare, quella indiretta. Certo che, se teniamo conto di quale uso è stato fatto finora del referendum, mi riferisco ai referendum abrogativi, e di quei movimenti che hanno prodotto - io dico - anche una certa nausea nell'elettorato, visto che nelle ultime due occasioni avevamo davanti 10 o 15 quesiti complicati e certo non chiari, il prodotto di questo intervento referendario ha distorto il vero significato del referendum e quindi della democrazia diretta. A livello propositivo, poi, non vi è mai stato un referendum e predisporre una legge che consideri questa opportunità diventa necessario per dare visibilità a quella democrazia diretta che tanto viene usata in occasioni elettorali.

Le proposte nel merito non le valuto in questo momento, le vedremo più avanti, ma sicuro è che la necessità di questa iniziativa deve essere condivisa, o almeno il raggiungimento di un obiettivo comune, perché ci sia una risposta organizzata a questo desiderio, a questo bisogno dell'elettorato e del cittadino.

Dovremmo però anche valutare fino in fondo se il legislatore, cioè noi, è stato attento osservatore dell'effetto prodotto dalla legge n. 1 del 1993 e di seguito rispetto ai consigli comunali laddove si dice che gli statuti dovranno prevedere l'istituto del referendum. Nel Trentino dal 1993 ad oggi ancora 8 comuni non hanno uno statuto valido rispetto al referendum, non conosco e non è da conoscere, non ci sono canali che ci possano informare, a seguito dell'autonomia e della chiusura in se stessi da parte delle amministrazioni comunali, che dicano quanti regolamenti sono stati approvati per l'effettuazione dei referendum, pochissimi, colleghi, pochissimi regolamenti sono in essere in questi comuni dove è previsto il referendum, è l'escamotage per non dare risposta alla democrazia diretta, non c'è il regolamento e quindi non si può effettuare il referendum rispetto a delle scelte che sono a livello comunale, dovremmo intervenire nella legge, dove si è lasciato questo limbo dove è possibile di fatto negare un diritto, la risposta deve essere necessariamente legislativa, non può essere quella dell'imposizione

diversa, i consigli comunali devono attivarsi perché ci sia una realizzazione completa, un rispetto completo della parte normativa riferita ai referendum comunali, questa mancanza di risposta che viene sempre più avanti, ma certo non può sostituire la rappresentanza delle minoranze in quei consessi comunali, ma solo un palliativo, perché di fatto diventa difficile gestire una partita referendaria in fase comunale, anche se il numero delle firme può essere molto basso, partiamo dal 5% degli elettori ed arriviamo al 40%, questi sono gli statuti comunali della Regione, dal 5% della raccolta delle firme al 40%, immaginatevi raccogliere il 40% delle firme, veramente quel comune aveva paura della democrazia diretta, diciamolo apertamente: aveva paura. Questo però è il risultato della libera decisione dei singoli consigli comunali dopo aver approvato il proprio statuto. Tanto è accaduto a livello comunale, ma questo è lo scenario regionale, quindi si pone ostacoli a chi vuole esprimere democrazia diretta attraverso referendum propositivi.

La questione relativa al perché della necessità di referendum propositivi, dicevo, è una minima risposta allo spazio non più coperto per motivi legislativi, la n. 1 del 1993, della rappresentanza delle minoranze all'interno dei consigli comunali. Il nuovo sistema dei bilanci in questi comuni chiude una possibilità di partecipazione politica, di proposta e di critica necessaria per far partecipare fette di società che altrimenti non avrebbero in un anno legittimità istituzionale. Questo è il vero problema, che in questa occasione voglio evidenziare per registrare la scarsa sensibilità da parte della Giunta regionale nell'affrontare e nel risolvere questo problema della rappresentanza delle minoranze; non deve essere elusa questa richiesta delle minoranze nei consigli comunali lasciando la legge 1/93 così com'è e lasciando che si attivi un canale che non è più istituzionale, ma è un canale legale e quindi il cittadino si sente costretto ad attivarsi presso la magistratura. Quanti sindaci amministratori avremo alla fine di questa legislatura delle amministrazioni comunali, indiziati di reato o denunciati a piede libero o quant'altro, perché il cittadino non trova lo spazio politico per esprimere le proprie posizioni, aspetta, come il cinese, sulla sponda del fiume perché passi il cadavere, non mi sembra che questo sia il massimo del possibile che si possa esprimere in termini di democrazia e partecipazione, certo che questa è però la cruda e nuda realtà nelle amministrazioni comunali della nostra Regione.

Se a questo si aggiunge la mancanza di regolamento per attivare forme di referendum propositivo e abrogativo, si arriva davvero ad escludere la partecipazione di maggioranze, a questo punto, di popolazione nell'amministrazione della cosa pubblica, se a questo scenario si aggiunge anche il fatto che l'elezione diretta del sindaco abbia prodotto dei mostri in certe situazioni - si chiamano 'mostri' quelli che non ascoltano niente e nessuno e vanno per la loro strada, in democrazia questi sono 'mostri', per non chiamarli in un altro modo - e che questi mostri si sentano legittimati a fare tutto e di tutto solo perché la carenza legislativa non prevede la presenza sia delle minoranze come critica propositiva e la soluzione del referendum propositivo o abrogativo nei comuni, a noi dà un segnale pericoloso...

(interruzione)

PRESIDENTE: Collega Gasperotti, volevo ricordarle che chi presiedeva prima di me aveva consentito un'interruzione dei lavori per dare modo ad alcuni gruppi di potersi incontrare. Lei è d'accordo di riprendere il suo intervento nel pomeriggio?

GASPEROTTI: Va bene.

PRESIDENTE: Sospendo i lavori del Consiglio per permettere ad alcuni gruppi di consultarsi, come da impegno presidenziale, quindi sospendo i lavori, il Consiglio è riconvocato alle ore 15.00. Buon appetito.

(ore 12.30)

(Ore 15.06)

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: La parola al cons. Taverna sul regolamento.

TAVERNA: Signor Presidente, ho notato che l'appello è stato effettuato con un ordine diverso da quello alfabetico, l'appello è stato effettuato con un ordine alfabetico di origine provinciale, le chiedo giustificazione di siffatto appello.

PRESIDENTE: Mi devo complimentare, perché lei è molto attento ai lavori del Consiglio. Lei ha ragione, è stato costretto il Presidente, non avendo l'elenco dei consiglieri, come lei giustamente faceva presente, perché abbiamo momentaneamente esaurito i moduli alfabetici, ho pertanto utilizzato i moduli della Provincia di Trento e di Bolzano. In ogni modo la sua è un'osservazione giusta, collega Taverna.

La parola al cons. Gasperotti per continuare e concludere il suo intervento.

GASPEROTTI: Concludo il mio intervento riaffermando che gli strumenti di democrazia diretta in una democrazia maggioritaria sono strumenti attraverso cui la minoranza che non accede alle istanze rappresentative, ovvero che costituisce

un'opposizione obbligata normativamente alla mera denuncia, può fare valere le proprie ragioni attraverso una pubblica campagna di sensibilizzazione dell'opinione pubblica che chiami tutte le cittadine ed i cittadini a pronunciarsi su provvedimenti di grande interesse pubblico e di rilevanza sociale, perché il referendum abrogativo possa essere tutelato nelle sue finalità istituzionali ed esercitare la sua funzione oppositiva di un'ultima istanza voluta dal costituente per quanto riguarda la costituzione, ma nella sua filosofia anche nei nostri statuti.

La richiesta che viene fatta, la proposta nei disegni di legge, è per trovare risposta a queste istanze.

Concludo davvero nel ricordare ai colleghi all'aula la necessità di intervenire laddove non sia stato ancora emanato un regolamento per l'effettuazione dei referendum comunali, con l'applicazione o l'uso, fino a quando questi non saranno emanati, di un regolamento-tipo, la modifica è legislativa, che deve trovare, secondo me, una sollecita risposta di quest'Aula. Grazie.

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz **Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Atz. Bitte, Abgeordneter Atz.

ATZ: Danke, Herr Präsident. Lassen Sie mich zuerst als Präsident der Kommission ein paar Dinge sagen.

Wir haben diese Gesetzestexte sehr eingehend behandelt. Wir haben uns an die Geschäftsordnung gehalten. Wir haben eine Anhörung organisiert, die nicht zwingend notwendig gewesen wäre, wir haben sie aber doch organisiert. Wir haben auch die Einbringer zu Wort kommen lassen, so wie es in der Geschäftsordnung vorgesehen ist. Wir haben auch die Techniker der Einbringer angehört und wir haben uns dann auch beim Mittagessen noch mit diesen Leuten unterhalten. Aber auch wenn ich es wieder in der Zeitung lesen werde, diesen Herrn ist es scheinbar nie um das Gesetz gegangen. Sie haben sich zumindest mit uns, mit der größten Partei im Regionalrat, nie auseinandergesetzt, um dieses Thema zu einem positiven Abschluß zu bringen. Deshalb muß ich annehmen, daß es diesen Herrn nicht darum geht, eine gute Sache weiterzubringen. Ich habe jetzt bewußt "gute Sache" gesagt, weil auch wir daran glauben, daß man die Bevölkerung mehr als bisher einbinden muß, deshalb habe ich "gute Sache" gesagt. Ich bin also der Meinung, daß es ihnen nicht darum gegangen ist, eine gute Sache weiterzubringen, sondern ich bin der Meinung, daß es hier Kräfte gibt, die außerparlamentarische Kräfte sammeln wollen und alles daransetzen wollen, gewisse Institutionen lahmzulegen.

Lassen sie mich noch ein paar Worte sagen zu Vorwürfen, die hier gekommen sind. Die Kollegin Kury hat die SVP als arrogant bezeichnet und hat dazu das Beispiel Verkehrsplan hergenommen. Ich höre mit Freuden, Kollegin Kury, daß Ihnen scheinbar der Verkehrsplan so gut gefällt, daß mit dem Satz abgeschlossen wird:

"Wir brauchen überhaupt nichts zu unternehmen". Ich höre das mit Freuden aus Ihrem Mund.

Zum zweiten wäre die SVP eine Lobby-Partei, höre ich. Auch da gibt es scheinbar Kräfte in unserem Land, die einfach nicht hinnehmen wollen, daß es auch innerhalb der Südtiroler Volkspartei sehr demokratisch zugeht und wenn die SVP dann mit einer Meinung kommt, dann heißt das, daß die SVP intern sehr demokratisch zu diesem Entschluß gekommen ist. Ich bitte auch das ein für allemal zu registrieren.

Weiters die Kollegin Kury, die da sagt, an den Gesetzen, so wie sie heute im Regionalrat weitergehen, an diesen Gesetzen wird herumgefummelt. Ein Wort, das sie benutzt hat und nicht ich. Dem möchte ich widersprechen. Wir wissen alle wie ein Gesetz zustande kommt. Es fängt damit an, daß die Fachleute in den Ämtern das Gesetz ausarbeitet. Diese Gesetze gehen dann weiter und es wird in sehr demokratischer Art und Weise daran in den Kommissionen, in den Parteien, in den Fraktionen gefeilt und dann kommt es zu Kompromißlösungen, die dann in der Aula weitergebracht werden. Ich frage Sie, wo ist da antidemokratisches Herumfummeln an den Gesetzen selber.

Wenn ich richtig verstanden habe, hat der Kollege Pinter seinen Antrag zurückgezogen. Ich will also über den nicht mehr als das Notwendigste sagen. Wir, die SVP, sind immer noch der Meinung, daß es den Gemeinden frei belassen bleiben soll, ob sie zu einem Referendum aufrufen werden oder nicht und deshalb stehen wir zu dieser Kann-Bestimmung und wir werden diesem Antrag sicher nicht zustimmen, der da vorsieht, daß die Gemeinden „müssen“. Das nur zu dieser Gemeindegeschichte.

Zum Regelwerk Nr. 57, das aufgrund eines Volksbegehrens eingereicht worden ist, lassen Sie mich vor allen Dingen sagen, daß dieses Gesetz genau in die verkehrte Richtung geht. Der Bürger verspürt nicht sosehr die Notwendigkeit ein Gesetz einbringen zu können ob Regionalrat oder Landtag, der Bürger möchte vor allem zu Verwaltungsmaßnahmen, zu Beschlüssen der Verwaltung intervenieren, und jetzt sage ich Ihnen einmal ein Beispiel: Flugplatz. Zu solchen Maßnahmen möchte er mit einer Volksbefragung intervenieren können. Das ist genau das was der Bürger wirklich fühlt oder spürt. Ich sage sehr bewußt nicht Meransen, weil Meransen in der Gemeinde geregelt wird. Der Bürger möchte also ein Instrument in die Hände bekommen, das ihm zuläßt, daß er bei Entscheidungen - ob Landtag oder Regionalrat - dagegen etwas unternehmen kann bzw. die Meinung des Volkes einbringen kann. In diese Richtung darf ich noch einmal wiederholen, ich habe es in dieser Aula schon gesagt, in diese Richtung haben wir intern in der Südtiroler Volkspartei eine Kommission eingesetzt, weil wir der Meinung sind, jawohl es ist richtig, daß bei gewissen Themen auch der Bürger gefragt werden soll, bei Themen, die gespürt werden, aber das können nicht Themen sein, die politisch ausgeschlachtet werden können oder die von wirklichem Allgemeininteresse sind, also z.B. die Sanitätseinrichtungen, soziale Einrichtungen und solche Dinge mehr. Man muß also sehr gut aufpassen wie man und was man reglementiert. Ich weise nicht nur auf die ethnischen Probleme hin, auch ethnische Probleme gibt es hier. Sie wissen auch, daß es Themen gibt, die vordergründig nicht so sehr ethnisch sind, aber hintergründig sehr wohl ethnisch sein können. An diesem

Thema arbeitet eine SVP-Kommission intern und ich hoffe auch, daß diese interne SVP-Kommission sehr bald zu einer Lösung kommt.

Ich verpflichte mich hier, daß wir SVP eine Gesetzesinitiative zu diesem gefühlten Thema bis innerhalb Januar-Februar beim Präsidium deponieren werden. Das zu diesem Thema, das sehr wohl gespürt wird und für das wir auch eine positive Lösung finden wollen zum Gesetz, das aufgrund eines Volksbegehrens eingebracht worden ist. Ich muß Sie nicht darauf hinweisen, daß es Punkte gibt, die sogar verfassungswidrig sind, das wissen Sie selber viel besser. Im Artikel 3, Absatz 3, da redet man von der Provinz Trient so als ob es die Provinz Bozen nicht gäbe oder im Artikel 4, Absatz 2, wo es heißt, der Antragsteller beteiligt sich mit dem gleichen Recht und mit den gleichen Befugnissen, die laut Geschäftsordnung des Regionalrates und des Landtages für die Vertreter des Regionalausschusses vorgesehen sind. Seit wann ist das ein Gewählter? Das heißt also, wenn ich imstande bin ein paar Unterschriften zusammenzubringen, dann habe ich da drinnen das Recht mitzureden und letztendlich noch bei der Abstimmung dabei zu sein. Wir sehen weiter: als den Schutz einer sprachlichen Minderheit betreffend gelten die Gesetze - ich sage Ihnen auch den Artikel, Artikel 11 Absatz 4 - den Schutz einer sprachlichen Minderheit betreffend gelten die Gesetze oder deren Einzelbestimmungen, die den Schutz von ethnischen Eigenarten und die kulturelle und wirtschaftliche Entfaltung der deutschen und der ladinischen Sprachgruppen bezwecken und insbesondere die jedenfalls die Durchführung des Paragraphen u.s.w. vorsehen.

Absatz 6: Der zur Volksabstimmung unterbreitete Vorschlag wird genehmigt, wenn die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erreicht wird. Nehmen wir an, wir hätten das 1. Thema zum Absatz 4: wie gehen wir mit diesen Themen um, die ethnisch nicht klar abzugrenzen sind? Zum Absatz 6, wenn die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erreicht würde: was passiert wenn so viele Volksabstimmungen nacheinander anberaumt werden, daß die Leute müde werden von den Volksabstimmungen und es nur einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung gibt, die zu diesen Volksabstimmungen gehen? Würde das dann umgerechnet heißen, daß 5% des Volkes eine Mehrheitsentscheidung herbeiführen dürfte. Vielleicht gibt mir irgend jemand darauf eine Antwort.

Ich wollte diese Beispiele nur bringen, um aufzuzeigen wieviele Mängel dieses Gesetz beinhaltet ganz unabhängig von der Wertung ob der Bürger das jetzt so mehr oder weniger spürt. Es ist also ein Gesetz, das am Wunsch des Bürger absolut vorbeigeht, es ist ein Gesetz, das sehr schlecht gemacht worden ist und deshalb wird die SVP dagegen stimmen. Die SVP wird gegen diese drei Anträge stimmen, wenn es überhaupt zu der Abstimmung kommt. Wir verpflichten uns hiermit innerhalb Februar beim Präsidium einen Gesetzestext zu deponieren, der die Volksabstimmungen bei Verwaltungsmaßnahmen zu regeln hat. Das zum einen, lassen Sie mich aber noch mit einem weiteren Satz aufhören. Wir wollen uns auch verpflichten - daß wir nicht wieder in der Presse hören, das tun sie nur als Augenauswischerei -, dieses Gesetz nächstes Jahr zur Behandlung zu bringen, vorausgesetzt Kollegen der Minderheit und der Opposition, Sie lassen uns das auch tun. Danke schön.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Taverna, bitte.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, le disposizioni costituzionali e statutarie che regolano la materia sono note a tutti e non sfugge a nessuno la necessità di rendere il più possibilmente completa la manifestazione dell'espressione diretta del popolo per quanto riguarda le vicende della politica e le vicende istituzionali. A riguardo mi preme sottolineare soltanto alcuni aspetti che i disegni di legge hanno evidenziato ed al riguardo esprimo con il presente intervento anche il giudizio di AN. Da un punto di vista storico ho l'opportunità di ribadire quanto la destra sia stata convinta nel sostenere questo principio di democrazia diretta, tant'è che la previsione costituzionale è stata resa possibile soltanto dopo molti anni rispetto all'approvazione della carta costituzionale, abbiamo vissuto un periodo di quasi vent'anni senza che l'istituto referendario potesse essere reso possibile e praticabile, perché a fronte della disposizione costituzionale il legislatore non aveva operato la legge che regolamentasse la possibilità di indizione del referendum e la possibilità che lo stesso potesse essere regolamentato, sia per quanto riguarda l'oggetto, sia per quanto riguarda la sottoscrizione, sia per quanto riguarda i tempi della presentazione del referendum dell'oggetto sia per quanto riguarda i tempi necessari per la raccolta delle firme a sostegno dell'iniziativa referendaria e la carta costituzionale indica chiaramente che la natura del referendum è meramente abrogativa. Il legislatore costituzionale aveva pertanto inteso risolvere la questione della chiamata del popolo direttamente per quanto riguarda il giudizio sulle leggi ed aveva quindi concepito un sistema costituzionale che prevedesse la coesistenza di due poteri di iniziativa legislativa, un potere attribuito alle Camere, al Parlamento, e quindi questo potere legislativo era concepito essenzialmente come la possibilità che il rappresentante eletto dal popolo consentisse allo stesso di poter svolgere oltre che le funzioni di controllo nei confronti dell'esecutivo anche l'essenza medesima del significato costituzionale del Parlamento, vale a dire il nucleo centrale del potere di iniziativa legislativa e accanto a questa prospettiva, accanto a questo diritto-dovere che era riconosciuto al Parlamento, il legislatore costituzionale ha inteso affiancare a questo potere di iniziativa positiva un potere di iniziativa in merito al quadro normativo e giuridico rappresentato dalle leggi, un potere di iniziativa del popolo attraverso lo strumento referendario, che avesse peraltro un significato meramente negativo, vale a dire il significato di intervenire sul corpo delle leggi per modificare le stesse sulla base del principio che tale modifica dovesse avvenire unicamente attraverso lo strumento dell'abrogazione e ci è voluto del tempo, degli anni affinché la previsione costituzionale dello strumento referendario potesse trovare concreta applicazione, proprio perché soltanto dopo quasi vent'anni il legislatore ordinario è intervenuto disciplinando i modi attraverso i quali si potesse realmente giungere alla realizzazione di questo principio e - lo voglio dire chiaramente - il MSI, la destra, quindi, è stata protagonista per quanto riguarda il processo di realizzazione di questo principio, non soltanto storicamente protagonista, ma lo è anche oggi perché nella previsione di una riforma generale della Costituzione, quindi dell'organizzazione dello stato, la destra concepisce non soltanto la

previsione presidenziale per quanto riguarda l'assetto dello stato, ma la destra concepisce anche un ulteriore potere di democrazia diretta consegnato al popolo attraverso non già soltanto lo strumento del referendum abrogativo, ma la destra, con la sensibilità che credo nessuno le può contestare, ha previsto anche nell'ordinamento il referendum di natura propositiva.

Quindi, allora, sotto questo profilo, AN non ha alcun problema nell'accettare il confronto delle idee e delle opinioni sulla base della necessità di un approfondimento dei tre disegni di legge che sono stati presentati e quindi per quanto ci riguarda saremmo dell'avviso di accreditare positivamente la valenza politica dei tre disegni di legge, quindi non ci opporremo ad una ulteriore discussione, affrontando in questo contesto i vari articoli.

Per quanto riguarda l'articolato avremo la possibilità di intervenire specificamente sulle norme, che, a nostro giudizio, presentano contraddizioni, lacune, incertezze, se non, addirittura per taluni aspetti, una valutazione che non abbiamo in alcun modo paura di definire come antagonista all'attuale previsione costituzionale e quindi sotto questo profilo censurabile, quindi siamo d'accordo nel votare il passaggio alla discussione articolata, per quanto riguarda poi il merito, le nostre osservazioni e le nostre valutazioni saranno fatte sui singoli articoli dei disegni di legge che saranno ammessi alla discussione articolata.

Concludo questo brevissimo intervento, che aveva ed ha lo scopo soltanto di dichiarare ancora una volta la lineare e coerente posizione della destra e di AN, con il dire che per quanto riguarda la discussione sull'articolato e la valutazione sugli articoli ci riserviamo ovviamente di intervenire con ulteriori specifici interventi.

PRÄSIDENT: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Kury für fünf Minuten.

KURY: Herr Präsident, wieviel Zeit steht mir noch zur Verfügung? Danke schön. Leider nur fünf Minuten um dem Herrn Atz zu antworten und leider Gottes auch - und das zeugt wieder von seinem demokratischen Verständnis - ist er nicht anwesend, um diesen Dialog zu pflegen.

Er pflegt es Beschimpfungen in die Welt zu setzen und dann den Saal zu verlassen. Auch wieder typisch was für eine Auffassung er von Demokratie hat. Ich verzichte deshalb, auf die Äußerungen des Herrn Atz in meinem Beitrag einzugehen, offensichtlich hat er wenig bis nichts verstanden. Ich habe versucht zu erklären, warum ich neben den allgemein positiven Elementen bei der Einführung von direkter Demokratie, warum ich diese für Südtirol besonders wichtig empfinde und habe versucht, einige typische südtirolspezifische politische Mechanismen aufzuzeigen, die hier die Demokratie blockieren. Das glaube ich ist für einen Kollegen Atz wohl etwas zu viel. Ich möchte auch verzichten weiters darauf genau einzugehen, daß ich sehr wohl beim Hearing anwesend war, von dem Herr Atz sagt, es habe eine eingehende Behandlung der beiden Volksbegehren gegeben. Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich kann mich aber sehr wohl daran erinnern, daß uns, den nicht erlauchten Kommissionsmitgliedern, das Wort verboten war und es uns nicht möglich war, Fragen

zu stellen an jene Herren und Damen, die Herr Atz Techniker nennt und an die wir uns sehr gerne gewandt hätten und was auch eine Voraussetzung gewesen wäre, diese gesamte Materie eingehend und seriös zu behandeln. Im übrigen möchte ich nur den Kollegen Atz daran erinnern, daß wenn er dann mit gewissen Menschen zu Mittag ißt und dabei über das eine oder andere plaudert, das wohl nicht zur institutionellen Tätigkeit gerechnet werden kann.

Meine Hauptkritik an den Ausführungen vom Herrn Atz beziehen sich auf jene Stelle wo er über diese Herren spricht, die eben das Volksbegehren eingebracht haben und denen es nie um ein gutes Gesetz gegangen ist, weil - und ich zitiere wieder - „wenn es ihnen darum gegangen wäre eine gute Gesetzesinitiative vorzubringen, dann hätten sie sich unbedingt mit unserer Partei zusammensetzen müssen“ - so die demokratische Auffassung eines Herrn Atz. Eigentlich denke ich genügt dieser Satz um zu beweisen wie entfernt Herr Atz - und in diesem Fall als Fraktionssprecher einer Partei, also die gesamte Partei - wie entfernt er eigentlich vom Willen der Bürgerinnen und Bürger ist. Wenn ein Bürger in Südtirol etwas will und eine politische Forderung äußert und dafür wie vorgesehen 5.000 Unterschriften sammelt, dann genügt es nicht, daß eine Partei diese politische Willensäußerung ernst nimmt. Wenn jemand in Südtirol ernst genommen werden will, so Kollege Atz, dann besteht scheinbar einfach die Notwendigkeit sich mit einer bestimmten Partei an einen Tisch zu setzen und es mit ihr auszuschnapsen, und genau gegen diese Art der Praxis sich etwas ausschnapsen zu müssen entweder um 7 Uhr in der Früh beim Landeshauptmann oder auch an anderer Stelle mit anderen Parteimitgliedern, gegen diese Art politische Entscheidungen zu fällen hat sich gestern mein Beitrag gewendet. Wenn Herr Atz sagt, diesen Herren - wobei er offensichtlich meint, daß bei den 5.000 Unterschriften nur männliche sind - geht es nicht darum, eine gute Sache weiterzubringen, sondern nur darum Institutionen lahmzulegen, kann ich mich auch hier nur wundern bzw. diesen Satz wieder als Beweis heranziehen was Herr Atz für eine Auffassung von Demokratie hat. Eine ganz normale Prozedur eines Volksbegehrens wird hier diffamiert, daß man eine Institution lahmlegen möchte. Das sagt eigentlich alles.

Leider Gottes ist meine Zeit schon um. Ich möchte noch einen letzten Satz hinzufügen. Herr Atz bzw. die SVP sagt ganz einfach, diese Gesetzesinitiativen sind absolut verfassungswidrig. Ich möchte darauf hinweisen, daß es in Südtirol keine einzige Diskussion zu einem Gesetzentwurf gegeben hat wo nicht irgendwann einmal von irgendeinem Mitglied des Landtages die Frage nach der Verfassungswidrigkeit aufgeworfen worden ist und bei jedem Gesetzentwurf war das absolut kein Grund die Prozedur abzubrechen. Im Grunde entscheidet jemand später, ob eine Gesetzesinitiative und ein verabschiedetes Gesetz verfassungswidrig ist oder nicht. Ich denke, es ist ganz einfach hier ein Vorwand damit man die gute Sache - ich zitiere wieder den Kollegen Atz -, die er so gut nicht findet, nicht weiterbringt, weil er meint, er könne den Bürgern vorschreiben zu welchen Themen sie sich äußern dürfen und er könne ihnen auch vorschreiben in welcher Art sie sich äußern dürfen. Sie wollen ja auch keine Gesetze machen - sagt Herr Atz, er weiß genau was die Bürger wollen - sie wollen sich nur zum Flughafen äußern und auch da ist klar, daß sich hier ein Politiker und eine Partei

herausnimmt genau zu definieren was Bürgerinnen und Bürger heute wollen, auch wenn vor ihnen ein Antrag liegt, der mit 5.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern genau sagt was sie wollen. Damit ist klar: die SVP hat sich von den Bürgerinnen und Bürgern sehr weit entfernt.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire?

La parola al collega Ianieri. Ne ha facoltà.

IANIERI: Grazie, signor Presidente, il mio sarà un intervento molto breve, però voglio prendere la parola proprio per dire che non condivido nel modo più assoluto quello che si è verificato in Commissione, cioè aver impedito che un disegno di legge come quello in argomento che stiamo trattando, in modo particolare ‘Norme per l’esercizio della democrazia diretta’, venisse discusso in Commissione. Ritengo che questa sia stata una cosa molto grave, cioè vuol dire avere impedito al popolo di poter accedere in qualche modo ad una forma di democrazia diretta per fare sentire la propria voce.

Da quello che si sta verificando qui in sede di Consiglio, ho la vaga sensazione che molto probabilmente potrebbe esserci la bocciatura al passaggio all’articolato e questo sarebbe ancora più grave se si dovesse verificare, grave proprio perché veniamo con un atto di forzatura ad impedire che possa arrivare in seno a questo Consiglio la voce diretta del popolo, perché questo è in sostanza quello che si vuole impedire. Voglio riportare e riprendere un attimo un passaggio che c’è nella relazione accompagnatoria al disegno di legge dell’amico Pinter, che condivido in pieno dove si dice: ‘Con un sempre più esteso sistema elettorale maggioritario, nel quale la delega all’eletto è molto forte, spesso incondizionata, e nel quale, soprattutto, gli eletti rappresentano solo una parte della popolazione, diviene essenziale per la stessa sopravvivenza del sistema costituzionale dare forza agli strumenti di democrazia diretta.’, condivido in pieno questo passaggio, pertanto non posso a questo punto che esprimere un mio appoggio incondizionato affinché si possa procedere in sede di votazione a far sì che si giunga a discutere questo disegno di legge nel suo articolato, poi possiamo andare a vedere sui singoli articoli se si è a favore o meno di quello che viene proposto, ma impedire che si possa giungere a discutere questo disegno di legge nell’articolato sarebbe una cosa molto, molto grave.

Termino qui, non voglio dire altro, voglio solo dire che sono sicuramente a favore di discutere questo disegno di legge fino in fondo e darò il mio voto favorevole, affinché si possa giungere alla discussione dell’intero disegno di legge. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire?

Vorrei spiegare all’aula che si chiude la discussione generale con l’intervento del collega Pinter. Abbiamo l’ordine del giorno, primo firmatario Leitner, e

su questo si riapre la discussione, quindi per la domanda di poter intervenire, collega Benedikter, lei avrà la possibilità di farlo sull'ordine del giorno.

Collega Pinter, intende replicare?

A lei la parola.

PINTER: Grazie, signor Presidente. Il cons. Atz ha preannunciato quali sono le mie volontà, dandole già per acquisite, vorrei dire che non ho ancora ritirato il disegno di legge che ho proposto, ho detto che avrei dato priorità al disegno di legge di iniziativa popolare, perché non capita tanto spesso, anzi capita raramente, di poter arrivare alla discussione in aula di un disegno di legge di iniziativa popolare, e allora, poiché il cons. Atz ha detto che ai cittadini non interessa fare proposte di legge, qui abbiamo la prima severa smentita, perché 5.000 cittadini hanno firmato una proposta di legge, dimostrando, evidentemente, che erano interessati a modificare l'ordinamento legislativo giuridico della nostra Regione e che quindi sono interessati ad essere loro stessi legislatori. Certo, nessuno mette in discussione che questo compito è prioritariamente affidato al Consiglio regionale, ma con la proposta che i cittadini fanno e che io condivido si vuole trovare la modalità in base alla quale anche i cittadini possono talora esprimersi nel merito di una proposta di legge e non soltanto con lo strumento del referendum abrogativo, ma anche con uno strumento che di fatto assume la natura propositiva.

Devo dire non che mi stupiscono le affermazioni del cons. Atz, perché siamo abituati a questo e ad altro, in questa aula, almeno, però sentirmi dire dal capogruppo di maggioranza relativa che da parte dei proponenti dei disegni di legge - immagino intendesse tanto il sottoscritto che soprattutto quelli che hanno presentato l'iniziativa di carattere popolare - non abbiano voluto confrontarsi con il gruppo di maggioranza, cioè con il SVP che quindi per questa stessa cosa hanno dimostrato che non interessa loro il destino della legge, perché non l'hanno rimessa nelle mani della sovranità del SVP, non hanno umilmente chiesto accesso alla corte e a sua maestà cons. Atz, ed allora per questa ragione si ritiene che non abbiano a cuore il loro disegno di legge, in altre parole, qui vige la monarchia, in base alla quale o chiedi permesso al re - chiedi permesso ad Atz e al SVP - oppure il fatto che si sia proceduto con quello che è l'ordinamento nostro e quindi il confronto in Commissione, dove tutte le forze politiche sono rappresentate e in Commissione si sono presentati i proponenti dei disegni di legge ed erano convinti di poter discutere nel merito, è vero che la Commissione si è data un'intera giornata per confrontarsi con alcuni esperti, ma di questo confronto non è stato fatto più niente, l'ho detto ieri che abbiamo il resoconto stenografico di insigni giuristi ed insigni rappresentanti anche di altri stati e di questo resoconto la Commissione, quando si è riunita in sede deliberante, non ha dedicato nemmeno 30 secondi, perché, come ho detto ieri, il Presidente della Commissione ha chiuso la discussione prima di aprirla, non è anche questo un paradosso, perché, con il cons. Atz, è possibile questo ed altro, in quanto mi ricordo perché ero presente come relatore in quella Commissione e certo il cons. Atz si è girato, ha guardato tutti ed ha detto: 'C'è qualcuno che vuole intervenire? No, bene, la discussione è chiusa.', dal punto di vista procedurale tutto è

possibile, ma lascia piuttosto sconcertati. In ogni caso lascia sconcertati i proponenti del disegno di legge di iniziativa popolare, per il fatto di non aver avuto delle risposte nel merito delle questioni da loro poste. L'argomentazione stessa che la Commissione riporta, nemmeno quel po' di sforzo di fare una relazione, di metterci dieci righe di motivazione, dubbi di costituzionalità, inadeguatezza del testo, questione che non rientra tra le priorità del Consiglio, no, soltanto l'affermazione che la Commissione ha ritenuto di non procedere alla discussione articolata.

Credo che una simile liquidazione dell'iniziativa dei cittadini certo che disincentiva la partecipazione, certo che disincentiva l'iniziativa dei cittadini stessi, perché se questo è il livello di attenzione - torno a dire - dedicato alle loro proposte, non comprendo perché dovrebbero accrescere la loro fiducia nelle persone che hanno eletto, piuttosto troveranno motivo di disillusione e anche di demotivazione ad avere un rapporto che è fatto non soltanto di sudditanza, che si traduce soltanto nel voto, ma che cerca, magari, il confronto. Certo, qualcuno stamattina, il cons. Fedel, diceva che, se i cittadini non sono soddisfatti dei loro eletti basta che non li rieleggano e che quindi li cambino, questo è uno strumento che la democrazia per fortuna mette ancora a disposizione, ma sappiamo anche che nel frattempo sono trascorsi 5 anni e che la loro iniziativa non ha comunque avuto una risposta adeguata e che se devono la prossima legislatura raccogliere di nuovo le firme e sperare, questa volta ci hanno messo due anni, la prossima chissà quanti, per poter arrivare in aula, credo che non ci comportiamo con solerzia, ci vorrebbero almeno dei termini nel procedimento, tant'è che nella mia proposta ed in quella popolare si pongono dei termini in base ai quali i cittadini hanno diritto al ricorso alla consultazione popolare, oltre tutto questa possibilità, come aveva ricordato il cons. Benedikter, fa parte di ordinamenti non tanto lontani dai nostri, perché tanto il Tirolo del nord che il Cantone dei Grigioni hanno nel loro statuto costitutivo questa possibilità che i cittadini possano pronunciarsi, possano chiedere la consultazione popolare per pronunciarsi nel merito di proposte di legge, non soltanto con lo strumento di carattere abrogativo, quindi quando il cons. Fedel in una delle sue peripezie, come quella di stamattina, ha detto che sfioreremmo l'anarchia, credo che attribuire intenti anarchici al Cantone dei Grigioni o al Tirolo del nord, mi pare un pochino eccessivo, non mi sembrano ordinamenti particolarmente sovversivi al punto tale da mettere in discussione i fondamenti stessi e quindi di poter in qualche modo mettere a rischio la democrazia.

Allora credo che la risposta che ci è stata data dalla maggioranza - a dire la verità aspettavo una risposta da parte della Giunta, la Giunta non ha parlato, doveva parlare nel corso del dibattito, ma evidentemente non ha alcuna opinione e come questa volta e tante altre volte la maggioranza e la Giunta delegano il capogruppo del SVP ad assumere la posizione che vale per tutta la maggioranza, evidentemente. Certo, ha parlato anche il consigliere assessore Fedel, ma per dire delle cose che per carità cristiana non voglio qui ricordare. Credo che faremmo un pessimo servizio se ci rifiutassimo di entrare nel merito delle proposte di legge, non dico quella del sottoscritto, perché ho già annunciato che la ritiro, pur di favorire la discussione sull'iniziativa popolare, anche se la mia è precedente a quella popolare, credo veramente

di dare giustamente priorità ai 5.000 cittadini che hanno sottoscritto questa proposta, ma non mi si venga a dire, come ha detto il cons. Atz che non si è voluto il confronto perché, se la Commissione voleva il confronto poteva farlo in merito al testo della legge, addirittura poteva modificarlo, stravolgerlo, cambiarlo, se come oggi ha voluto ricordare, ma con dei pessimi esempi, che il testo è inadeguato o che presenta delle carenze.

Non entro nemmeno nel merito della constatazione sull'azione delle forze extraparlamentari - concludo, Presidente - perchè per me che ho fatto parte, a suo tempo, di forze extraparlamentari, sentirmi dire che c'è la minaccia degli extraparlamentari ancora oggi nel 1997 è una novità dal punto di vista politico, prendo atto che la solidità della politica nel Sudtirolo e nella Regione è messa in discussione da chissà quali strane forze extraparlamentari, che mi sembrano coincidere strettamente con quelle associazioni che hanno promosso la raccolta delle firme, visto che l'altro esempio è quello dell'aeroporto, se non ho capito male, quindi c'era un riferimento all'ambientalismo e ad altre associazioni per il cons. Atz sovversive, come il Movimento Federativo Democratico, l'Associazione degli Invalidi Civili, le ACLI, notoriamente associazioni extraparlamentari e sovversive rispetto all'ordinamento democratico...

(interruzione)

PRESIDENTE: Collega Pinter, la devo pregare di chiudere l'intervento.

PINTER: Va bene, Presidente. Allora invito l'aula, mentre annuncio il ritiro della mia proposta di legge, a sostenere il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge di iniziativa popolare per rispetto nei confronti dei cittadini che hanno raccolto le firme, ma soprattutto per ricordare che la previsione del referendum propositivo fa parte di ordinamenti giuridici avanzati e fa parte delle previsioni della Bicamerale, per cui la nostra autonomia non farebbe nient'altro che anticipare di qualche mese quello che sarà un istituto previsto nel nostro paese e quindi credo che abbiamo tutte le ragioni per rivendicare che il cittadino, come estrema ratio, e cioè quando non riceve risposte dal legislatore, possa almeno ricorrere ai cittadini per avere un responso rispetto alle loro proposte.

PRESIDENTE: Per informare bene l'Aula: abbiamo esaurito la discussione generale, darei la parola al collega Leitner. Resta l'ordine del giorno, informo i colleghi che può intervenire uno per gruppo per 5 minuti, perciò se ci sono questioni si possono chiarire.

Intende intervenire per fatto personale? In che cosa consiste, collega Atz?

Prego il collega Atz di spiegarmi in che cosa consiste il fatto personale.

ATZ: Sono stanco di sentirmi dire che sono antidemocratico, Presidente!

PRESIDENTE: Lei deve spiegare al Presidente. A lei la parola per fatto personale.

ATZ: Wenn man mir Gelegenheit gibt, Herr Präsident, dann werde ich auch erklären aus was die persönliche Angelegenheit besteht. Ich höre jetzt schon zum wiederholten Male ich hätte keine Diskussion in der Kommission zugelassen. Das ist einfach nicht wahr. Die Kommission ist nicht angehalten und in keiner Geschäftsordnung habe ich jemals gefunden, wo es heißt, daß die verschiedenen Techniker und die verschiedenen Einbringer untereinander sich konfrontieren müssen. Die Kommission lädt die Techniker und die Einbringer ein, um den Mitgliedern der Kommission die Möglichkeit zu geben, auf ihre Fragen Antworten zu bekommen und wenn es keine Wortmeldungen und keine Fragen seitens der Mitglieder mehr gegeben hat, dann hat der Präsident selbstverständlich die Pflicht mit der Kommission weiterzufahren. Das war mein Verhalten in der Kommission und ich lasse mich von niemanden eines Besseren belehren. Das wollte ich sagen.

PRESIDENTE: Il fatto personale deve essere una cosa veramente personale. Credo che lei non abbia proprio da prendere la parola per fatto personale, credo che il cons. Atz sia stato menzionato in più interventi, chiarito questo da parte del collega Atz andrei avanti...

(interruzione)

PRESIDENTE: Avete possibilità di chiarire nella dichiarazione. Questa mattina avevo pregato di fare la discussione generale abbinata anche all'ordine del giorno. Non ho compreso in che cosa consiste, seguo attentamente gli interventi, collega Zendron, in che cosa consiste il fatto personale?

ZENDRON: Glielo dico. Poiché lei ha lasciato parlare su questa questione il cons. Atz ed io sono una tra quelli che ha detto che la discussione in Commissione, ho partecipato alla audizione, ed è stata una cosa indecorosa; se lei lascia parlare lui dice che sono stata una bugiarda; io ero presente, c'erano persone che erano venute dalla Svizzera, c'era il Preside di Giurisprudenza di Trento, quando hanno chiesto di parlare ha detto: 'E' mezzogiorno, andiamo tutti a pranzo con i membri della Commissione' ed è stato fermato lì. Era prevista l'audizione per un giorno intero, è diventata una cosa di due ore, questo lo voglio dire, perché sia chiaro come sono le posizioni, perché se lui dice che non è vero, sembra una bugia, ma noi che eravamo presenti vogliamo raccontare come è avvenuta la cosa ed è stata una cosa da vergognarsi di fare parte di questo Consiglio, lo dico per quella parte che mi riguarda.

PRESIDENTE: Bene, allora anche lei ha avuto la possibilità di poter spiegare, riprendiamo la discussione.

La parola al cons. Leitner, primo firmatario dell'ordine del giorno.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Nachdem mittlerweile die Gemeinden eigene Statute verabschiedet haben, wo auch die Abhaltung von Volksbefragungen festgeschrieben ist, möchte ich mit diesem Beschlußantrag erreichen, daß auch eine Höchstgrenze der dafür notwendigen Unterschriften durch die Bevölkerung gesetzlich festgestellt wird. Denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß einige Gemeinden die Prozentsätze derart angesetzt haben, daß eine Bürgerbefragung praktisch unmöglich gemacht wird. Ich möchte nicht das wiederholen, was ich gestern praktisch schon gesagt habe.

Nur noch einmal zum Vergleich, weil wir uns oft auch an Bayern orientieren. In Bayern haben die Gemeinden Prozentsätze von 3 bis 10%, je nach Größe. Ich schlage vor: 10%, so haben die Gemeinden auch noch ihre Autonomie, in diesem Rahmen ihre Prozentsätze festzulegen. Das können 3% sein wie es 9% sein können. Gerade bei den großen Gemeinden wäre eine höhere Anzahl ja aussichtslos und wenn man sich die Zusammensetzung der Südtiroler Gemeinden anschaut, dann haben wir selbstverständlich wenig große, sehr viel kleine und mittlere. 20 Gemeinden haben bis zu 1.000 Einwohner, 29 Gemeinden haben zwischen 1.000 und 2.000 Einwohner, 32 zwischen 2.000 und 3.000 Einwohner, 21 Gemeinden zwischen 3.000 und 5.000 Einwohner, 8 Gemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner, 4 Gemeinden zwischen 10.000 und 20.000 Einwohner und nur die Gemeinden Meran und Bozen haben 30.000 bzw. fast 100.000 Einwohner. Mit dieser Formulierung, also mit dem Auftrag an den Regionalausschuß, hier mit einem Gesetz Klarheit zu schaffen, vermeiden wir ein ähnliches Trauerspiel wie es zum Beispiel in der Gemeinden Mühlbach passiert ist. Da möchte ich im Prinzip damit einfach erreichen, daß es bindend ist. Wenn man sich die Diskussion dieser beiden Tage angehört hat, dann meine ich sollten wir die Stimmen jener ernst nehmen, die einfach wollen, daß die Bürger mehr mitbestimmen, mitentscheiden können, wenn ich nur einen Satz aus dem offenen Brief der Initiative für mehr Demokratie zitieren darf, wo es heißt, "nach dem Willen der Bürger geht es darum: weg von der Zuschauerdemokratie hin zur Teilnehmergebiet". Ich wiederhole was ich gestern gesagt habe in diesem Zusammenhang, wenn wir weniger Politikmüdigkeit, weniger Politikverdrossenheit und mehr aktive Mitgestaltung haben wollen, müssen wir auch die Instrumentarien dafür schaffen und die wären mit diesen Gesetzentwürfen vorgesehen, wo man über einige Details sicher reden muß, weil vielleicht einige "Mängel" dabei sind, aber im großen und ganzen stehen wir Freiheitlichen voll und ganz dahinter. Wir haben auch in unserem Programm die direkte Demokratie schon verankert. Ich ersuche die geschätzten Kolleginnen und Kollegen diesem Beschlußantrag zuzustimmen und, Herr Präsident, ich ersuche dabei um die namentliche Abstimmung.

PRESIDENTE: Chiede che l'ordine del giorno venga votato per appello nominale?

LEITNER: Per appello nominale.

PRESIDENTE: Informo che il collega Pinter ha ritirato il suo disegno di legge.

Siamo in discussione dell'ordine del giorno primo firmatario il collega Leitner.

Ha chiesto di intervenire il collega Holzmann. Ne ha la facoltà.

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Intervengo più che altro per annunciare il nostro voto favorevole alla mozione del collega Leitner, perché riteniamo che la possibilità di indire referendum deve essere garantita a livello comunale in maniera uguale a tutti i cittadini della nostra Provincia, quindi è giusto quanto si sostiene nella mozione, che almeno in un caso una giunta comunale ha voluto modificare la percentuale necessaria per l'indizione del referendum, quindi forzando le regole alla ricerca di una sorta di autotutela, ma bisogna anche pensare che nel resto della Provincia il ricorso al referendum, peraltro poco sfruttato fino a questo momento, potrebbe essere attivato in presenza di decisioni particolarmente importanti che riguardano il territorio del comune, quindi soprattutto per quanto riguarda grandi infrastrutture o strutture sovracomunali, quindi ritengo che lo spirito della mozione vada accolto in senso positivo, anche se, ovviamente, per i comuni più grossi questo limite del 10% secondo noi dovrebbe essere ulteriormente abbassato, perché altrimenti nel capoluogo si parlerebbe di 10.000 firme per l'indizione di un referendum, che sono forse un po' eccessive, ma certamente nei piccoli comuni, penso ad esempio a questioni che riguardano magari prevalentemente la minoranza linguistica di qualche comune, diventa difficile la raccolta di firme se si supera la soglia del 10%. Ecco perché da parte nostra daremo il nostro consenso e quindi il nostro voto favorevole alla mozione del collega Leitner.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Zendron. Ne ha la facoltà.

ZENDRON: Grazie, Presidente. Anche il mio gruppo è favorevole alla proposta contenuta in questo ordine del giorno e ci sembra giusto mettere un limite del 10%, perché abbiamo visto che ci sono situazioni in cui viene addirittura aumentata la percentuale di firme necessaria proprio sull'onda dell'emergenza, come l'esempio che è stato fatto nella stessa mozione di Mühlbach. Come è stato previsto nel nostro ordinamento, il referendum è sicuramente un incoraggiamento a usarlo in modo distorto rispetto a quella che era l'intenzione del legislatore nazionale, che voleva offrire uno strumento in più di consultazione dei cittadini; qui, l'ho ricordato anche stamattina, a suo tempo si è deciso di lasciare i comuni liberi proprio perché si sapeva che nelle situazioni dove la democrazia è già più carente sarebbero stati proprio quelli che avrebbero avuto la regolamentazione peggiore, addirittura è possibile inserirlo nello statuto e si può anche non inserirlo, per cui mi sembra assolutamente opportuno che si attui un'armonizzazione delle condizioni di cittadinanza all'interno della Regione, per lo meno entro certi limiti. Anch'io penso che il 10% in alcune situazioni sia anche troppo, ovviamente qui è un limite massimo, è possibile che si adotti una percentuale inferiore, che credo nei centri maggiori è anche più facile che avvenga, perché lì è necessario per amministrare sentire più voci.

Quello che è stato detto oggi dal cons. Atz, che 'noi non acceteremo mai una legge in cui i comuni devono, die Gemeinden müssen', nella Provincia di Bolzano nell'atteggiamento della Provincia verso i comuni succedono delle cose dell'altro mondo, a tal punto che i comuni non devono nemmeno più esprimere il loro parere sui loro piani urbanistici, la Provincia può infilarvi tutto quello che vuole senza nemmeno sentire il loro parere e ci sono casi di letterale lotta di popolo, con i sindaci in testa che cercano di sottrarsi a questa sopraffazione della Provincia, per cui il fatto che un esponente di questo partito, neghi ai comuni quella libertà che i comuni del resto d'Italia avevano, non adesso con le nuove regolamentazioni, ma trent'anni fa, mi sembra che sia proprio una sfacciataggine.

Per quello che riguarda la questione di chi adotta questo strumento, 'gli extraparlamentari sovversivi', li ha chiamati Atz, vorrei dedicare gli ultimi due minuti del mio intervento per nominarne alcuni: extraparlamentare e sovversivo n. 1, nell'ordine pubblicato, il VKE, Associazioni Campi Gioco e Ricreazione, n. 2, SOS Dolomites, n. 3, Associazione per la tutela dell'ambiente della Val Pusteria, n. 4, associazione sovversiva, ASGB, sindacato etnico, altra associazione sovversiva: Alpenverein Südtirol, associazione della montagna, Federazione Protezionisti Altoatesini, sono i sovversivi che hanno firmato il disegno di legge e lo useranno quelli che chiedono di avere uno strumento per poter fare emergere l'opinione delle persone, la CISL, i sindacati CGL, CISL E UIL confederali, il KVW, che sono le ACLI di lingua tedesca, l'Ecoistituto dell'Alto Adige, l'Associazione dei Genitori e degli Alunni, l'Associazione degli Studenti Universitari, il Gruppo di Ecologisti della Val Venosta, altri sovversivi extraparlamentari - extraparlamentari certo - Centro Tutela Consumatori e Utenti, che è un'istituzione della Provincia, Italia Nostra e alla fine il Südtiroler Jugendring, cioè l'associazione dei giovani e dei gruppi giovanili della nostra Provincia e poi ci sono il Movimento Federativo Democratico, che si ispira ad Altiero Spinelli, per chi non lo sapesse, l'Associazione Nazionale Mutilati ed Invalidi già citate dal collega Pinter. Queste sono le associazioni extraparlamentari e sovversive che utilizzerebbero il referendum, che sono sicuramente molto radicate nella nostra Provincia, ma cui non si può chiedere di raccogliere il 25% delle firme in un paese - concludo, Presidente - perché sicuramente è una richiesta esagerata nei confronti di persone che svolgono il loro lavoro di cittadini di impegno civile su base volontaria e quindi accanto ad un lavoro che devono svolgere per poter vivere.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Benedikter. Ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Wir haben am 11. Dezember 1996 einen Gesetzentwurf eingebracht in dem selben Sinne, damit einheitlich geregelt werde: nicht 25% sondern weniger. Dieser Gesetzentwurf ist damals abgelehnt worden mit der selben, mit einer ähnlichen Begründung, wie Atz sie jetzt verwendet hat, um den Gesamtvollsbegehrensantrag abzulehnen.

Ich hätte mir erwartet, daß die Südtiroler Volkspartei das eigentlich annimmt, denn erstens kann etwas abgeändert werden und zweitens stimmt es überhaupt

nicht, daß da etwas Verfassungswidriges enthalten ist. Im Artikel 60 des Autonomiestatutes steht, daß die Region das Referendum, die Volksbegehren, regeln kann, ohne irgendwelche Einschränkungen. Die Begründung „verfassungswidrig“ ist einfach frei erfunden. Dann hat er noch gesagt: wenn schon nur gegen Verwaltungsbeschlüsse. Als ob es nicht unter Umständen notwendig wäre gewisse Gesetze entweder herbeizurufen oder gegen gewisse Gesetze aufzutreten. Was das jüngste Landesraumordnungsgesetz z.B. anbelangt, das die Zersiedelung des landwirtschaftlichen Grüns freigibt, wären bestimmt 10.000 Unterschriften leicht und mehr zustande gekommen, um eine Revision dieses Gesetzes herbeizuführen. Und wer gegen den Flugplatz ist und wenn darüber abgestimmt würde im Überetsch, Unterland und Bozen Stadt und Land, dann würde die große Mehrheit dagegen stimmen. Wenn es dann heißt, der Ausbau des Flugplatzes verstößt gegen kein Gesetz, dann muß man eben ein Gesetz herbeiführen können, das diesen Ausbau oder etwas ähnliches verbietet.

Ich verstehe nicht, wir erklären uns als Tiroler und haben im großen und ganzen trotz dieser Trennung seit 1918 die gleiche Mentalität wie die Nordtiroler. In Nordtirol wurde 1989 die Verfassung Nordtirols durch Abstimmung abgeändert und es wurde neu eingeführt die Volksabstimmung und zwar, daß die Landesregierung eine Volksbefragung im gesamten Landesgebiet durchzuführen hat, wenn der Landtag dies beschließt oder wenigstens 10.000 zum Landtag Wahlberechtigte es verlangen, und es können über Gesetze, Beschlüsse und Angelegenheiten, mit denen die Landesregierung über Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, Bestimmungen erläßt, Volksbefragungen durchgeführt werden bzw. eine Volksbefragung muß durchgeführt werden, wenn 10.000 Wahlberechtigte es verlangen. Die Nordtiroler haben 1989 auch eingeführt, daß ein Gesetzesbeschluß vor seiner Kundmachung im Landesgesetzblatt einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, wenn der Landtag dies beschließt oder wenn binnen sechs Wochen 10.000 Wahlberechtigte es verlangen. Das wäre genau das, was man eben braucht - siehe Zersiedelung des landwirtschaftlichen Grüns oder Flugplatz -, um wenigstens den Versuch machen zu können es zu verhindern.

Ich hätte mir immer gedacht, die SVP, deren Grundsätze und Programme ich 40 Jahre lang eben vertreten habe, wird bestimmt nicht etwas ablehnen was vom Volk kommt und was den Volkswillen mehr zur Geltung kommen lassen soll. Das hätte ich mir nie gedacht. Abgesehen davon hätte man ja auch gegenüber Rom etwas abändern können, aber immerhin hätte man dem Volksbegehren stattgegeben auch wenn man irgendwelche Kleinigkeiten, die nicht wesentlich sind abändert. Daher verstehe ich nicht diesen Standpunkt. Ich hoffe, daß das Südtiroler Volk dementsprechend seinen Standpunkt bei den Wahlen kundtut.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Dalbosco. Ne ha facoltà.

DALBOSCO: Il presente ordine del giorno, che già era presentato come mozione, rispecchia da vicino il contenuto del disegno di legge discusso l'altro giorno in I^a Commissione legislativa a firma non ricordo esattamente se di tutti o di una parte dei

firmatari dell'ordine del giorno stesso, comunque la matrice e parte dei contenuti coincidono.

Discussa si fa per dire in I^a Commissione, perché in quella sede, come ricordano bene i consiglieri presenti quel giorno, la Commissione, la maggioranza dei presenti, votò il non passaggio all'articolato, è lo stesso copione cui assistiamo oggi, ci si trincerava dietro un'argomentazione del tipo 'ci sono cose che non vanno, ci sono cose che andrebbero corrette e ci sono lacune da emendare', che scoperta! Come se appunto, quando si presenta un disegno di legge, in genere non fosse usuale e naturale questa presenza di lacune, di parti emendabili, di parti discutibili, questi sono i consessi dove si discutono per l'appunto le proposte, le Commissioni e poi il Consiglio regionale, qui si dice che 'ci sono cose da rivedere, allora non discutiamo', è un modo di procedere assolutamente antiparlamentare, come se allora le cose andassero discusse in separata sede, per l'appunto nelle sedi di partito principalmente o nella sede del partito di maggioranza relativa di questo Consiglio.

E' un modo di procedere che sconcerata, che elude il confronto, se una cosa sta veramente a cuore, la si prende di petto, ci si scontra nel merito dei punti della discussione, si propongono emendamenti in Commissione ed in Aula, altrimenti vuol dire che non sta a cuore, però, cons. Atz, queste cose vanno dette espressamente, non fingere di avere a cuore una cosa per silurarla in questo modo, tutti capiscono che veramente il SVP non vuole che si vada a discutere questi disegni di legge, ma lo si dica, si abbia il coraggio di dire 'questo tema non ci importa, la democrazia indiretta è un insieme di istituti pericolosi, non ci trova d'accordo per questo e quel motivo', non si finga di dire 'ci sono delle cose, delle lacune, delle parti da migliorare', questa è ipocrisia, si abbia almeno il buon gusto di essere chiari e di dire ai cittadini 'questo non ci importa, non è rilevante nell'agenda politica di questa Regione, sono aspetti inessenziali o addirittura pericolosi', qui invece assistiamo addirittura ad una posizione mascherata di questo tipo, è stato chiarissimo il cons. Atz: 'ai cittadini non importa', già il collega Pinter ha messo in rilievo questo punto, che ne sa il cons. Atz più di noi di quello che importa e non importa ai cittadini? Noi tutti, però, compreso lui, sappiamo che 4.000 - ed è una bella cifra - cittadini si sono esposti, hanno firmato, hanno fatto fatica, è molto più difficile firmare, raccogliere firme, capire i problemi e migliaia di cittadini hanno fatto questo. Che diritto ha il cons. Atz di dire, a nome del suo partito, immagino, che il cittadino non ha a cuore le forme di presentazione di disegni di legge di iniziativa popolare e di democrazia diretta? Anche lui ha di fronte 4.000 cittadini, potrà tutt'al più dire, se ha fonti riservate di informazione, che tutti gli altri cittadini della Regione non hanno a cuore questi temi, ma non può dire 'il cittadino', questo generico gentismo, la gente, la popolazione, ma che ne sa più di noi? No, in termini di positività dell'esistente noi sappiamo che in 4.000 hanno firmato, non sappiamo niente degli altri che non si sono esposti direttamente.

Quindi c'è una volontà esplicita e democratica che chiede di esaminare, di confrontarsi ed anche di scontrarsi nel merito dei due disegni di legge nn. 57 e 58, chiedo, per concludere, che anche la parte di governo trentina, che è stata molto silente, anzi assolutamente silente, dica che cosa ne pensa di fronte alla comunità regionale e

poi anche provinciale. Capigruppo del PATT, del PPI, del cosiddetto Partito Popolare Trentino, a cui si iscrive anche il Presidente della Giunta, che ne pensate? Avete un pensiero? Il silenzio fa dubitare che non lo abbiate, o se lo avete non lo volete esprimere. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Willeit. Ne ha facoltà.

WILLEIT: Grazie, signor Presidente. Poche parole soltanto su questa mozione del collega Leitner, che condivido pienamente nel suo intento, ma ancora vorrei fare una piccola osservazione sul numero delle firme.

Ritengo sia non poco il 10%, va bene che si recita 'fino al 10%', ma la misura che si indica non mi sembra esigua, se infatti, come ebbi occasione di dire, una differenza fra...

(interruzione)

WILLEIT: ...Per la sola iniziativa il 10% sarebbe indubbiamente troppo, per il referendum abrogativo può essere giusto. Non ritengo nemmeno sia assolutamente la regola più consona quello di riferire la cifra al numero della popolazione, cioè di non differenziare fra comuni, basta pensare che per il comune di Bolzano un 10% sarebbero 7.000 sottoscrizioni, dunque anche di più, che per la Regione intera, ecco l'incongruenza del 10%, anche se sempre è un tetto, ma comunque è troppo anche per un comune di 1.000 elettori, 100 firme potrebbero essere esuberanti. In ogni modo ritengo che la proposta sia valida, che non costituisca altro che un invito alla Regione, a questo stesso Consiglio, a provvedere nel prossimo ordinamento dei comuni, che verrà ripresentato forse in forma revisionata e per cui in quella sede si potrà esaminare più a fondo ed differenziare, se necessario o se ritenuto opportuno, la percentuale.

Dico pertanto ancora una volta che la mozione va sostenuta.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire prima di mettere in votazione l'ordine del giorno, primo firmatario il collega Leitner? Nessuno.

La votazione è stata chiesta per appello nominale. E' stato sorteggiato il n. 4, che corrisponde al collega Atz. Prego il collega Denicolò di iniziare l'appello nominale.

DENICOLO': Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*non presente*), Berger (*nein*), Binelli (*astenuto*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*non presente*), Casagranda (*no*), Chiodi-Winkler (*non presente*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*no*), Dalbosco (*sì*), Delladio (*sì*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*sì*), Di Puppò (*sì*), Divina (*non presente*), Durnwalder (*nein*), Fedel (*no*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*ja*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*sì*), Hosp (*nein*), Ianieri (*sì*), Kasslatte-Mur (*non presente*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Levegghi (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*nein*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*non presente*),

Morandini (*non presente*), Moser (*no*), Munter (*nein*), Muraro (*non presente*), Pahl (*astenuto*), Palermo (*si*), Pallaoro (*no*), Panizza (*si*), Passerini (*si*), Peterlini (*non presente*), Pinter (*si*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*si*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*non partecipa alla votazione*), Valduga (*non presente*), Vecli (*si*), Viola (*non presente*), Willeit (*si*), Zaroni (*non presente*), Zendron (*si*), Achmüller (*astenuto*), Alessandrini (*si*), Andreotti (*non presente*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale dell'ordine del giorno del collega Leitner:

votanti	50
voti favorevoli	25
voti contrari	22
astenuti	3

un consigliere non partecipa alla votazione.

Il Consiglio approva.

Siamo in votazione del passaggio alla discussione articolata del disegno di legge n. 57.

(*interruzione*)

PRESIDENTE: La cons. Klotz richiede di verificare il numero legale.

Prego i consiglieri di prendere posto. Non inizio la votazione se tutti i consiglieri non prendono posto.

Siamo in votazione del passaggio alla discussione articolata del disegno di legge n. 57.

Dobbiamo verificare il numero legale e dovete prendere posto, compreso il collega Peterlini.

Chi è favorevole al passaggio è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 26 voti a favore, 25 contrari e nessun astenuto il Consiglio approva.

Collega Klotz, qui non si battono le mani!

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Abgeordneter Taverna, bitte zum Fortgang der Arbeiten.

TAVERNA: Signor Presidente, chiedo la parola sull'ordine dei lavori, poiché la votazione ha dato l'esito sperato - almeno da me - si rende ora necessario, signor Presidente, per poter completare il disegno di legge la sospensione del medesimo onde concordare - penso e invito tutti i gruppi consiliari - degli emendamenti in modo che il

disegno di legge possa reggere anche da un punto di vista giuridico ed eliminare alcune lacune e contraddizioni che nell'intervento in discussione generale ho voluto comunque sottolineare, quindi onde evitare un percorso accidentato della discussione dell'articolato, chiedo la sospensione della discussione dell'articolato per un tempo congruo, al fine di giungere ad un accordo sulla necessità della presentazione di emendamenti sottoscritti - mi auguro - da tutti i gruppi consiliari al fine di giungere speditamente all'approvazione finale del disegno di legge.

PRÄSIDENT: Es ist der Vorschlag geäußert worden, die Arbeiten zu unterbrechen, die Diskussion um den Gesetzentwurf, wobei ich noch auf etwas aufmerksam machen muß. Ich bin noch nicht am Ende der Wahlen. Da ist noch eine Abstimmung über einen Gesetzentwurf vorzunehmen. Aber bitte, wer meldet sich zu diesem Antrag des Abgeordneten Taverna zu Wort. Der Abg. Atz bitte.

ATZ: Die SVP spricht sich gegen die Unterbrechung aus, weil alle diejenigen, die dafür gestimmt haben, die Verantwortung für das was sie da abgestimmt haben, zu übernehmen haben werden. Deshalb gehen wir weiter und dann werden wir es am Ende sehen.

PRÄSIDENT: Bitte Frau Abg. Zendron

ZENDRON: Presidente, credo di interpretare l'intenzione del collega Taverna, se mi posso permettere, con quello che sentiamo anche noi, cioè dato che alcuni di noi hanno detto che vorrebbero presentare degli emendamenti, credo che l'intenzione del collega Taverna sia quella di non fare perdere troppo tempo all'aula e di presentare degli emendamenti in un tempo ragionevole, però d'altro canto vogliamo anche evitare che si compia un atto di illegittimità democratica o di assassinio di democrazia e si approfitti di un'eventuale sospensione senza limiti, perché non credo che la concezione di tempo congruo sia la stessa nostra e del consigliere capogruppo del SVP, per cui...

(interruzione)

ZENDRON: Così è un po' difficile. La Fraktion fuori. Andate fuori a discutere.

Presidente, quindi noi potremmo considerare una proposta accettabile e ragionevole per rendere più snelli i lavori del Consiglio la proposta del cons. Taverna, però dovremmo avere la sicurezza che poi ad un certo punto incominciamo certamente la discussione, per cui potremmo chiederle di sospendere adesso e di riprendere domani mattina alle ore 10.00, allora si potrebbe preparare e cercare di non fare perdere tempo all'aula e utilizzare questa serata e domani mattina presto...

(interruzione)

ZENDRON: Taverna dice martedì prossimo, per quello che mi riguarda direi non martedì prossimo perché è troppo lontano, altrimenti andiamo avanti...

(interruzione)

ZENDRON: Dobbiamo lavorare! Non sono la presentatrice, dico solo la mia opinione, dico solamente...

(interruzione)

ZENDRON: Noi vorremmo che si andasse avanti con la trattazione in questa tornata, se poi è domani mattina o martedì mattina, però il Presidente si deve impegnare a riprendere la discussione in un giorno che permetta di portare a termine il disegno di legge in questa sessione, altrimenti niente sospensione. Questa è la mia opinione.

PRÄSIDENT: Ich habe drei Vorschläge, es sei denn die Einbringer des Vorschlages zur Unterbrechung, d.h. Taverna und Zendron einigen sich, sonst muß ich alle drei zur Abstimmung bringen bzw. diese zwei. Der Abg. Atz hat gesagt, daß er dagegen ist. Da habe ich einmal den Vorschlag zu unterbrechen und dann zum gegebenen Zeitpunkt die Sitzung wieder aufzunehmen, das ist der Vorschlag des Abg. Taverna, wenn ich ihn richtig interpretiert habe, und dann habe ich den Vorschlag der Abg. Zendron, die sagt, heute unterbrechen und dann morgen fortsetzen, aber ich möchte wissen wie der Vorschlag heißt. Abg. Pahl hat inzwischen das Wort, bitte schon, Assessor Pahl, Entschuldigung, Vizepräsident.

PAHL: Es hat eine Mehrheit gegeben zur Behandlung des Gesetzes und darum finde ich es jetzt richtig und wirklich konsequent und notwendig, keine Verschiebung mehr vorzunehmen. Es gab doch gerade die Klage von den Einbringern und anderen Parteien, daß schon sehr viel Zeit vergangen ist. Natürlich glaube ich wissen wir alle - hier gebe ich meine persönliche Meinung bekannt -, wie prinzipiell wichtig es ist, daß der Bevölkerung in einer gewissen Form, die sehr seriös zu überlegen ist, eine Form der Mitbeteiligung an Entscheidungen gegeben wird. Dabei ist nicht zu entscheiden, ob diese oder jene Form dann letztlich festgelegt wird, aber das Anliegen als solches muß jetzt beraten werden und darum wundert es mich, daß von der gleichen Seite jetzt der Wunsch kommt - und zwar von einem Teil - die Behandlung nicht aufzunehmen, das ist dann nicht glaubwürdig. Außerdem ist der Gesetzesentwurf ja relativ kurz und darum auch leicht übersichtlich. Der Ausschuß hat zwar keine einheitliche Linie, weil jeder stimmen wird wie er meint, dann wenn es zur Behandlung kommt, aber ich persönlich bin absolut dafür, daß nicht mehr länger zugewartet wird. Wenn man es will, dann muß man es sofort behandeln, der Text ist ja relativ überschaubar, damit man auch zu einer Entscheidung kommt, denn das ist ja doch die Konsequenz, daß der Regionalrat das auf die Tagesordnung gesetzt hat gemäß den Möglichkeiten, die das Statut ja bereits schon

einräumt. Ich teile also vollkommen die Auffassung des Kollegen Atz, der die Behandlung jetzt wünscht, damit wir das seriös diskutieren können.

PRÄSIDENT: Taverna bitte. Moment, zuerst die Abg. Zendron, nicht Taverna. Scusate, non ho visto bene prima Zendron non Taverna.

ZENDRON: Solo brevemente, anche se lui sarà determinante. Vicepresidente della Giunta facente funzioni, abbiamo sentito finalmente la voce della Giunta e siamo commossi, ha parlato come se fosse il Presidente del Consiglio, ho pensato prima di dire sì alla proposta Taverna, per snellire i lavori d'Aula, poiché non è questo che interessa, allora penso che sia meglio che andiamo avanti con la trattazione, prendendoci il tempo necessario a fare le discussioni e per approfondire, vorrei però che a garantire il percorso ed il rapporto con i gruppi fosse il Presidente del Consiglio e non un assessore che parla di una materia che non lo riguarda, anche perché nel contenuto, che invece lo riguardava, c'era silenzio.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Zendron, ich äußere mich nicht, ich meine die Abgeordneten haben das Recht, eine Unterbrechung zu verlangen oder nicht und der Ausschuß und die anderen Abgeordneten haben die Möglichkeit ihre Meinung dazu zu sagen. Ich interpretiere dann das was die Mehrheit hier gemeinsam festlegt. Aber bitte, der nächst Redner ist der Abg. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente. La mia richiesta aveva lo scopo, l'obiettivo di giungere ad una migliore definizione dell'articolato ed a questo riguardo l'invito rivolto a tutti era di raccogliere proposte per migliorare l'articolato e per poter produrre gli emendamenti necessari a questo scopo. Lei sa, signor Presidente, che per effetto delle modifiche al regolamento gli emendamenti devono essere almeno sottoscritti da 10 colleghi e quindi la mia richiesta non aveva alcuno scopo ostruzionistico, né voleva in qualche modo determinare condizioni diverse da quelle che si sono determinate al momento della votazione. Allora, signor Presidente, mi permetto di rivolgerle - naturalmente mi deve ascoltare, perché se non mi ascolta è difficile che lei mi possa rispondere - essendo anche nella disponibilità di ritirare la proposta di sospensione che prima avevo formulato e di chiedere a lei la sospensione del Consiglio di 30 minuti o di 15 minuti, la convocazione della Conferenza dei Capigruppo al fine di concordare quanto mi sono permesso di proporre, al fine di giungere ad un accordo che ci consenta di approvare il disegno di legge in tempi rapidissimi, quindi i 15 o 20 minuti che perderemmo per la sospensione e per la Conferenza che lei - mi auguro - voglia convocare, saranno recuperati perché il percorso dopo sarà rapidissimo in Aula e quindi sotto questo profilo penso che si arriverebbe ad una migliore soluzione del problema che sta a cuore a tutti, alla maggioranza e alla Giunta quanto all'opposizione.

PRÄSIDENT: Ja, jetzt muß ich zuerst die Rednerliste beenden. Die Vorschläge zur Einberufung des Fraktionssprecherkollegiums werden üblicherweise angenommen,

somit könnte man eigentlich jetzt die Diskussion abbrechen, wenn Sie nicht darauf bestehen. Ha chiesto di unirsi in capigruppo e questo normalmente si accetta, perciò se non insistete andiamo alla Conferenza dei capigruppo - come volete. Bitte, Abgeordneter Fedel.

FEDEL: Onorevoli colleghi, credo che un refuso non sia una soluzione politica. Mi spiego meglio: il fatto che per un voto sia venuta a mancare all'interno della maggioranza un no al passaggio alla discussione articolata, non mi dà l'impressione, anzi mi dà la certezza che alla fine il disegno di legge sarà bocciato, parliamoci chiaro, perché probabilmente la maggioranza riuscirà invece che stare al bar ad essere presente. Il problema è istituzionale, dobbiamo cercare di essere presenti in aula, abbiamo qui anche il Presidente della Giunta provinciale, chissà quanti problemi ha da risolvere eppure sta qui, purché le idee di un certo tipo vadano avanti, è evidente che abbiamo discusso sul disegno di legge n. 11 ampiamente, è stato proposto il non passaggio alla discussione articolata, che per un voto non è passato, ma questo è il gioco della democrazia, non ci sono problemi, non c'è da inquietarsi, ora credo che una sospensione non porti ad alcun effetto, serve solo a far perdere tempo - lo dico con estrema chiarezza - in attesa di arrivare a domani con i risultati che, domani, vedremo di nuovo saranno non identici, ma certamente diversi. E' un fatto naturale, il disegno di legge sotto il profilo del principio, l'ho detto quando sono intervenuto, ha delle motivazioni nobili, ma non può essere approvato per quanto detto e ripetuto, e credo con chiarezza, per motivazioni che sono ovvie, pertanto il sospendere la discussione in questo momento non porta ad alcun risultato, pertanto propongo di procedere all'esame del primo articolo, che cercheremo di bocciare e poi vediamo che cosa penserà il presentatore del disegno di legge. Altra strada pratica non c'è da percorrere.

PRÄSIDENT: Der Abgeordneter Ianieri hat das Wort.

IANIERI: Grazie. Veramente avevo prenotato per il collega Willeit, ma approfitto per dire due cose. Sono sconcertato dall'intervento dell'assessore Fedel, nel modo più assoluto non si può dare per scontato prima di iniziare la discussione sull'articolato che bocceremo questo disegno di legge, dato che solo per un voto non è passata la proposta di non passare alla discussione articolata.

(interruzione)

IANIERI: Va bene, può essere anche la verità, comunque questo può fare più bene alla maggioranza che alla minoranza, perché forse si compatterà e sarà presente in aula, come dovrà essere presente anche la Giunta, perché durante la discussione sul disegno di legge n. 11 i banchi della Giunta erano vuoti - mi scusi - veramente molto deplorabile, anche perché certe risposte che dovevano essere date dal Presidente della Giunta non sono state date. Comunque credo che la richiesta che è stata avanzata intanto di sospendere per fare una Conferenza dei capigruppo sia più che mai legittima e credo

che il Presidente accoglierà questa richiesta, anche perché è stato detto molto chiaramente che servirà per accelerare i lavori successivamente, non bisogna dimenticare, caro collega Fedel, che attualmente il regolamento prevede che bisogna raccogliere 10 firme per poter presentare degli emendamenti, allora se viene concordata prima una certa linea unitaria dalla parte di chi sosterrà questo disegno di legge, sicuramente l'Aula ne guadagnerà. La prego, collega Fedel, cerchi di rispettare almeno le iniziative di carattere popolare, qui non c'è il presentatore Pinco Pallino, è un'iniziativa che è stata presentata dalla popolazione, rispetti almeno questo.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dalbosco. Bitte Herr Abgeordneter.

DALBOSCO: Grazie, Presidente. Il risultato cui abbiamo assistito è molto significativo, dà soddisfazione almeno in prima istanza a tutti quei cittadini che oggi tante volte abbiamo ricordato e certo il fatto che ci sia solo un voto di differenza che cosa vuol dire? Questa è la logica dei numeri in questa come in tutte le assemblee rappresentative, questo voto di differenza fa veramente la differenza tra quello che poteva succedere e non successo e quello che invece si apre davanti come spazio aperto, spazio aperto non solo per chi ha sostenuto il passaggio all'articolato, ma anche per coloro che non l'hanno voluto e che adesso dovrebbero, secondo me, responsabilmente impegnarsi perché il disegno di legge possa procedere nel migliore dei modi il suo iter consiliare.

Il Vicepresidente Pahl a questo riguardo ha fatto una proposta con un risvolto interessante, se non ho capito male diceva 'no emendamenti per rispettare la volontà dei proponenti', ecco, rispettare la volontà dei proponenti sicuramente non può realizzarsi attraverso un atteggiamento di tipo distruttivo, anche astioso, come quello che abbiamo sentito prima da parte dell'assessore Fedel, 'adesso cassiamo l'art. 1, poi vediamo che cosa diranno i proponenti', come se i proponenti qui potessero esprimersi, quindi niente atteggiamenti astiosi, speriamo, bensì costruttivi, ci sono aspetti anticostituzionali, come è detto, ma non sta a noi deciderlo; circa la possibilità, sensata, di proporre comunque degli emendamenti migliorativi, è chiaro che in questo filone di atteggiamento costruttivo non si possono improvvisare, certo, è da troppo tempo che questi disegni di legge attendevano, forse pochi avrebbero scommesso che saremmo arrivati qui, ma adesso ci siamo e quindi, siccome il regolamento ce ne dà facoltà, non è uno sfizio personale o di gruppo, ma il regolamento dà facoltà di proporre, purché ci siano 10 firme, emendamenti, ebbene, la cosa più sensata appare proprio quella di convocare adesso, quando manca un'ora esatta al termine ufficiale dei lavori, una riunione dei capigruppo, per poter riprendere speditamente i lavori domani alle ore 10.00. Caldeggio questa proposta, grazie, Presidente.

PRÄSIDENT: Jetzt hier herumreden, ob wir Fraktionssitzung machen oder nicht hat sowieso keinen Sinn, weil ich sie jetzt mache. Wer sonst etwas zu sagen hat, dann gerne. Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Wenn dann unterbrochen wird, um die Sache ordentlich zu besprechen, so braucht das sicher eine halbe Stunde, dann hat es aber keinen Sinn nachher noch die Regionalratssitzung aufzunehmen.

PRÄSIDENT: Da spricht einiges dafür mit einer einzigen Ausnahme, daß die Abgeordneten dann nicht wissen was wir morgen behandeln. Wenn so verschiedene Auffassungen sind, ob wir unterbrechen oder nicht, dann muß ich natürlicherweise das auch zur Abstimmung bringen. Ich kann dann einfach sagen, daß es eine alte Regel ist, wenn sich eine breite Mehrheit dagegen ausspricht.

Die Abgeordnete Kury, bitte.

KURY: Ich unterstütze natürlich den Antrag um eine Fraktionssprechersitzung und ich denke, daß diese Anträge bis jetzt in der Praxis immer gewährt wurden und es würde mich sehr wundern wenn Sie das zur Abstimmung bringen und nicht einfach der üblichen Praxis nachgehen würden. Allerdings hätte ich einen Wunsch und ich denke, daß er auch von der Geschäftsordnung untermauert werden kann, daß bevor die Unterbrechung stattfindet man noch über den nächsten Gesetzentwurf abstimmt, um die Abstimmungsprozedur damit zu erledigen. Normalerweise unterbricht man ja nicht während einer Abstimmung sondern erst anschließend. Insofern stimmen wir jetzt über den Übergang zur Artikeldebatte des nächsten Gesetzentwurfes ab und anschließend gewähren sie bitte wie üblich die Fraktionssprechersitzung.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Leitner, bitte.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Es schaut so aus, als ob die politische Minderheit von ihrem Erfolg selbst überrascht wäre, daß man jetzt mit der Artikeldebatte weitergehen muß. Ich bin auf alle Fälle dafür, daß man mit diesem Gesetz weitergeht. Ich bin natürlich auch einverstanden, daß man eine Fraktionssprechersitzung abhält, aber daß man auf jeden Fall mit diesem Gesetz weitergeht. Wenn ich vorher Ihre Worte gehört habe, dann haben Sie gesagt: es nützt jetzt nichts den Regionalrat aufzulösen wenn wir dann nicht wissen, was wir morgen machen sollen. Ich kann mir die Fraktionssprechersitzung nur so vorstellen, daß man über die Arbeiten zu diesem Gesetz redet und nicht über andere Dinge.

PRÄSIDENT: Die Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ: Wenn ich richtig verstanden habe, wollte Frau Kury wissen oder fragen, was dann als nächstes abgestimmt oder was dann als nächstes behandelt wird. Wir haben noch über den Übergang zur Sachdebatte des Gesetzes Nr. 58 abzustimmen und ich würde auch sagen: man sollte zwar vielleicht eine kurze Zeitspanne lassen, aber das

kann man eventuell im Anschluß daran, um die nötigen Unterschriften für notwendige Änderungen zusammenzubringen, falls sich solche ergeben sollten. Ich bin aber auch der Meinung, daß man hier nicht beispielsweise erst nächste Woche weitermachen soll, sondern jetzt wo das Gesetz im Fluß ist, also auch die Debatte im Fluß ist, daß man anschließend auch im Sinne der Kontinuität weitermachen sollte.

Aber, Herr Präsident, weil es auch hier verschiedene Stimmen gegeben hat, was dann nach diesen Gesetzentwürfen kommt: Gestern hatte Vizepräsident Tretter angekündigt, daß in Absprache mit dem Ausschuß nach den Gesetzentwürfen zum Volksbegehren der Tagesordnungspunkt 122 behandelt werden sollte. Ich ersuche Sie nur noch einmal abzuklären, ob das dann stimmt, ob wir das so richtig verstanden haben oder nicht?

PRÄSIDENT: Das kann ich auf jeden Fall bestätigen. Der Ausschuß wollte - wenn ihr euch erinnert - den Punkt über die Informatik mit dem Handelskammerfinanzierungsgesetz austauschen, weil es notwendig wäre, vor dem neuen Haushaltsgesetz das entsprechende Finanzierungsgesetz zu erlassen. Dann hat es ein Gespräch zwischen den Bänken gegeben und das Resultat, das ich dann verkündet habe war: nein, wir machen zuerst das Volksbegehren, aber dann ist man einverstanden die Handelskammerfinanzierung vorzunehmen. Somit machen wir dann morgen sowieso mit diesem Referendumsgesetz weiter, es sei denn die Fraktionssprecher beschließen überraschenderweise das Gegenteil und somit wissen wir auch was wir machen.

Der Abgeordnete Pinter hat das Wort.

PINTER: Grazie, Presidente. Vorrei interpretare comunque una volontà che qui si è manifestata al di là delle formule proposte e che sono diverse tra i vari consiglieri.

In altre parole mi sembra di interpretare correttamente se dico che diversi gruppi di minoranza hanno avanzato la sostanziale richiesta di potere avere un momento di confronto per valutare alcune proposte relative al disegno di legge che stiamo discutendo. Oggi abbiamo sospeso alle ore 12.30 per permettere al SVP di incontrarsi come gruppo, mi sembra ragionevole che, essendo le ore 17.10, che si sospenda il Consiglio per permettere a questi gruppi di minoranza di confrontarsi, e se il discorso si estende non c'è nulla in contrario, rispetto al disegno di legge e quindi si riconvochi il Consiglio domani alle ore 10.00, questa mi sembra la cosa più ragionevole.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Taverna, bitte.

TAVERNA: Signor Presidente, brevissimamente, poiché mi rendo conto di essere incolpevolmente la causa di questa disquisizione procedurale, intendo ribadire innanzi tutto che la mia richiesta è intesa a consentire il confronto, dal momento che il Consiglio si era espresso per la prosecuzione dei lavori e quindi per la discussione articolata, il confronto all'interno dell'aula per consentire la presentazione di emendamenti migliorativi all'articolato. Questo era ed è l'obiettivo che mi ero imposto con la mia

richiesta iniziale, ritengo a questo punto, considerato che sono le ore 17.10, di poter accedere alla richiesta avanzata dal collega Pinter nella consapevolezza che comunque il Consiglio deve essere convinto che domani si tornerà a lavorare sul disegno di legge di iniziativa popolare che ha visto l'approvazione per il successivo esame dell'articolato da parte del Consiglio. Questo al fine di consentire quell'accordo cui prima facevo riferimento, quindi mi associo ben volentieri alla richiesta formulata da Pinter.

PRÄSIDENT: So, die Rednerliste ist erschöpft, dann fasse ich folgendermaßen zusammen: Ich glaube, daß die Mehrheit der Abgeordneten sich dafür ausgedrückt hat, daß wir morgen auf jeden Fall mit dem Gesetzentwurf über die Volksbegehren fortfahren, daß wir jetzt eine Fraktionssprechersitzung machen und daß wir dann anschließend die Möglichkeit geben, daß sich die Minderheiten auch treffen können.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Dann wird diesem Ansuchen stattgegeben und auch das ist üblich und wir haben also keine Fraktionssprechersitzung, aber die Minderheiten wollen sich treffen und sind sozusagen gebeten, wenn sie Interesse haben, an dieser Sitzung teilzunehmen zwecks Koordinierung ihrer Standpunkte, während wir uns morgen um 10.00 Uhr mit der Fortsetzung der Arbeiten zu den Volksbegehren sehen. Damit ist die Sitzung für heute geschlossen. Bitte kommt morgen pünktlich, denn wir müssen mit einer Abstimmung beginnen. Danke.

(ore 17.11)

INDICE

In discussione congiunta:

Disegno di legge n. 11: Norme per l'esercizio della democrazia diretta (presentato dal consigliere regionale Pinter);

Disegno di legge n. 57: Norme sulla partecipazione diretta dei cittadini all'attività legislativa della Regione Trentino-Alto Adige (di iniziativa popolare);

Disegno di legge n. 58: Modifica alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, per l'introduzione del diritto alla modifica dello Statuto comunale mediante referendum popolare (di iniziativa popolare);

ex Mozione n. 150, presentata dai Consiglieri regionali Leitner, Benedikter e Klotz, concernente la necessità di fissare, per tutti i Comuni della Regione, la percentuale del 10 per cento degli elettori iscritti per il numero di firme necessarie per poter espletare un referendum, trasformata in ordine del giorno al disegno di legge n. 58.

INHALTSANGABE

In vereinheitlichter Debatte:

Geszentwurf Nr. 11: Bestimmungen über die Ausübung der direkten Demokratie (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter);

Geszentwurf Nr. 57: Bestimmungen zur direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung der Region Trentino-Südtirol (eingebracht aufgrund eines Volksbegehrens);

Geszentwurf Nr. 58: Änderung des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1, zur Einführung des Rechtes auf Abänderung der Gemeindegesetzgebung mittels Volksabstimmung (eingebracht aufgrund eines Volksbegehrens);

Ex Beschlußantrag Nr. 150, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner, Benedikter und Klotz betreffend das Erfordernis, für alle Gemeinden der Region den Prozentsatz von 10% der eingetragenen Wähler für die notwendigen Unterschriften zur Abhaltung einer Volksbefragung festzusetzen - umgewandelt in einen Tagesordnungs-antrag zum Geszentwurf Nr. 58

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	1-35-44
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	4-32-34-40-42
FEDEL Domenico <i>(Gruppo Ladins - Autonomia TrentinoIntegrale)</i>	"	10-43
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	12-22-32-40
DALBOSCO Marco <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	13-37-44
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)</i>	"	15-38
DIVINA Sergio <i>(Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)</i>	"	16
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	19-22
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	22-25-39-42-46
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	26-45
IANIERI Franco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	28-43
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	29-46
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	33-34-45
HOLZMANN Giorgio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	34
PAHL Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	41
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	45

